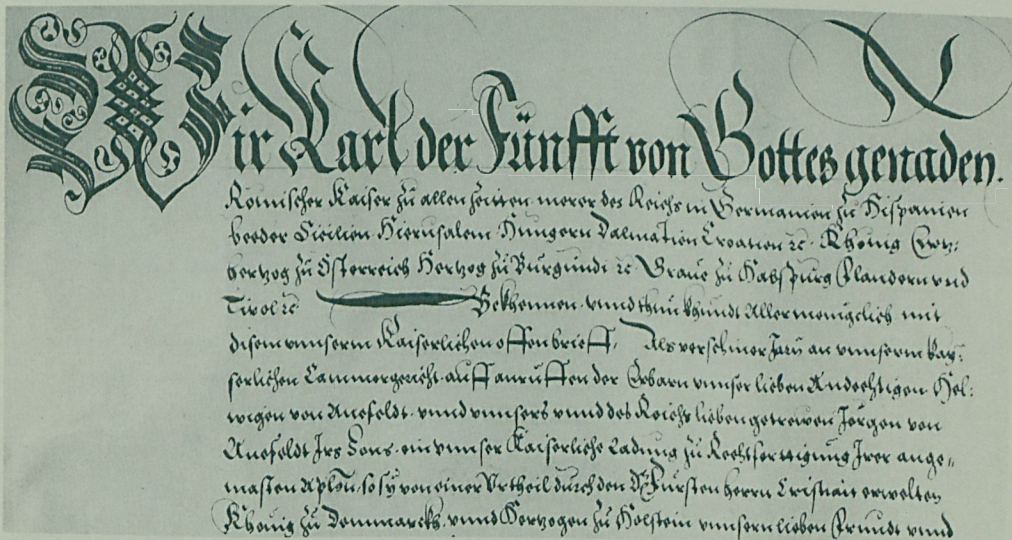


Wolfgang Prange

# Schleswig Holstein und das Reichskammergericht in dessen ersten fünfzig Jahren



GESELLSCHAFT FÜR

REICHSKAMMERGERICHTSFORSCHUNG



4

Wolfgang Prange

Schleswig Holstein und das Reichskammergericht  
in dessen ersten fünfzig Jahren

Erweiterte und revidierte Fassung  
des Vortrags vom 22. Oktober 1998  
im Stadtsaal von Altona in Wetzlar

Schriftenreihe  
der Gesellschaft für  
Reichskammergerichtsforschung

Heft 22  
Wetzlar, 1998







Wolfgang Prange

## Schleswig Holstein und das Reichskammergericht in dessen ersten fünfzig Jahren

*Erweiterte und veränderte Fassung  
des Vortrags vom 22. Oktober 1998  
im Stadthaus am Dom zu Wetzlar*

Mit dieser vorweggenommenen Einführung soll die Frage der Beziehungen zwischen Schleswig-Holstein und dem Reichskammergericht (RKG) im ersten Jahrhundert seiner Existenz angesprochen werden. Die Beschränkung meiner Betrachtung auf diesen Zeitraum ist zunächst willkürlich. Doch erscheint kann darauf verwiesen werden, daß das RKG gerade in seinen Anfangsjahren 1545, wieder darauf aufmerksam gemacht werden soll, daß das Ende des Mittelalters 1545 in schleswig-holsteinischer Hinsicht einen sehr wichtigen Wendepunkt darstellt. So wird aus der Sicht des RKG im ersten fünfzig Jahren doch nicht ganz verstanden sein. Und aus schleswig-holsteinischer Sicht können sie ebenfalls durchaus zur Abgrenzung eines ersten Abschnittes dienen.

Schleswig-Holstein gilt als Kleberstein und -schäumer. Diese stellt im Anknüpfen an fragen, wann und wie sich Beziehungen zwischen dem RKG und Schleswig-Holstein

Wolfgang Franke

Schleswig Holstein und das Reichskammer-  
gericht in dessen ersten fünfzig Jahren

Erweiterte und verbesserte Fassung  
des Verlags vom 22. Oktober 1902  
im Staatsdruckamt des Reichs in Berlin



1 A 410 223

K

Konrad van Warendorf, schon 1519 und noch 1540 *kaiserlicher Majestät geschworener Kammerbote*, also einer von jenen zwölf<sup>1</sup>, die unter dem Geleit des Kaisers und, ausgewiesen durch ein Metallschild mit seinem Bilde, überall im Reich die vom Reichskammergericht (RKG) ausgehenden Mandate, Ladungen und anderen Briefe zustellen, reitet nicht nur in Wahrnehmung dieses seines Amtes nach Hamburg, Lauenburg und Ratzeburg, nach Lübeck, Oldesloe, Segeberg, Itzehoe, Schloß Gottorf vor Schleswig und Flensburg, er - oder vor allem seine Frau Margarete - gibt auch in seinem Hause am Sitz des Gerichts, in Eßlingen und seit 1527 in Speyer, dem von Herzog Magnus von Sachsen-Lauenburg dorthin entsandten Sekretär und den Boten Unterkunft und Kost, streckt ihnen Geld vor und verwahrt, wenn sie zurückreisen, ihre Briefschaften; aber die Bezahlung der dabei erwachsenen Rechnung von 71 Gulden 8 Batzen und 6 Pfennigen kann er beim Herzog trotz wiederholter Bitten nicht erlangen, ungeachtet auch seiner Vorstellung bei der Herzogin, *wie schimpflich wird das lauten*, wenn er darum klagen sollte. Endlich wendet er sich doch an das RKG, 1529 erläßt dieses ein Monitorium und verkündet schließlich 1537 Acht und Aberacht über Herzog Magnus - *setzen ihn aus dem Frieden in den Unfrieden und erlauben sein Leib, Hab und Güter gedachtem Warendorf und allermenniglich* -, spricht ihm auch aus des Herzogs Besitz fünf Pfarrdörfer im Lande Wursten, den Zoll in Lüneburg und die Fähre bei Artlenburg zu, daß er sich daraus bezahlt mache. Aber die Vollstreckung kann nach der Ordnung des Reiches nicht vom RKG angeordnet werden, da müsse Konrad sich an den Kaiser oder den Römischen König wenden. Konrad reitet unter zeitweiliger Aufgabe seines Kammerbotenamtes zu König Ferdinand nach Linz; aber der mag nicht entscheiden und schreibt an den Kaiser, und 1538 in Toledo befiehlt Karl V. sechs benachbarten Fürsten und Städten die Vollstreckung des Urteils. Doch geschehen ist nichts; Konrad stirbt, der Herzog stirbt; erst sein Sohn vergleicht sich 1550 mit Konrads Witwe; statt der ursprünglich 71, nun aber mit Zinsen und Kosten 1450 Gulden ausmachenden Forderung verspricht er 800 und zahlt die Hälfte sofort, die andere nach langer Verzögerung erst 1558, als die Witwe schon gestorben ist, an die Tochter und andere Erben.<sup>2</sup>

Mit diesem vorweggenommenen Blick auf ein Schicksal am Rande der Beziehungen zwischen Schleswig-Holstein und dem RKG ist schon gesagt, daß es in dessen ersten 50 Jahren solche Beziehungen überhaupt gibt.<sup>3</sup> Die Beschränkung unserer Betrachtung auf diesen Zeitraum ist zunächst willkürlich. Doch immerhin kann darauf verwiesen werden, daß das RKG gerade in seinem fünfzigsten Jahr, 1544, wieder einmal außer Wirksamkeit tritt und daß das Ende des Stillstandes 1548 in mancherlei Hinsicht einen neuen Anfang bedeutet. So mag es auch aus der Sicht des RKG mit den fünfzig Jahren doch nicht ganz verkehrt sein. Und aus schleswig-holsteinischer Sicht können sie ebenfalls durchaus zur Abgrenzung eines ersten Abschnittes dienen.

Schleswig-Holstein gilt als königsfern und reichsfern. Desto mehr ist Anlaß zu fragen, wann und wie sich Beziehungen von dort zum RKG entwickelt haben. Doch



soll es hier nicht um den Beitrag zu dessen Unterhalt, die Entrichtung der Kammerzieler, die Präsentation von Assessoren oder die Teilnahme an Visitationen gehen; vielmehr lauten die Fragen: wie bald hat man dieses neue Gericht wahrgenommen und sich der von ihm gebotenen Möglichkeiten bedient, welche Erfahrungen hat man gemacht, welche Folgen haben sich daraus im Lande selbst ergeben?

Gewiß ist die weite Entfernung bewußt. Für die Prokuratoren am Gericht liegt Holstein bei oder in Dänemark;<sup>4</sup> sie heben hervor, *es sei weit*,<sup>5</sup> und beantragen *in ansehung ferre des wegs*<sup>6</sup> lange Fristen für den Verkehr mit ihren Parteien, zwei oder drei Monate, und für die Sendung über See nach Dänemark gar neun Monate,<sup>7</sup> und sie entschuldigen eingetretene Verzögerungen, weil *der, so hinein geschickt, pferdts halber nidergelegen*.<sup>8</sup> Doch nicht nur für das Pferd birgt die weite Reise Gefahren, auch für die Kammerboten, wenngleich sie unter dem besonderen Schutz des Reiches reiten, und erst recht für andere Boten; Mandate werden ihnen von der Gegenpartei genommen,<sup>9</sup> auch andere Briefschaften unterwegs entwendet,<sup>10</sup> oder es verlautet, *wie ain pott nidergeworffen, und als etlich sagen ermördt sei, also in zwi-vell, ob es derselb* [der erwartet wird] *mocht sein oder nit*,<sup>11</sup> oder man hört gar nichts mehr von ihnen, *und mus der bothe gestorben, entlaufen oder erslagen sin*.<sup>12</sup> Auch Verständigungsschwierigkeiten kann es geben; weil der Prokurator in den übersandten Urkunden *de sassische spraken ... nicht woll hedde vorstan mogen*, müssen sie ihm *in de hochdudischen spracke* übersetzt werden.<sup>13</sup> Schon aus solchen äußeren Gründen ist es keine leichte Entscheidung, sich an das RKG zu wenden, um dort sein Recht zu suchen; es braucht Zeit, es braucht Geld, die Sache muß es wert, die Not muß groß sein.

### Verfahren in erster Instanz

Für den, der die Entscheidung zu treffen hat, kann sie sich sehr verschieden ansehen, je nach seiner Stellung und je nach dem, ob das RKG in erster oder in letzter Instanz tätig werden soll. In erster Instanz ist es zuständig für Verfahren gegen die, die *ohn mittel* dem Reich unterworfen sind, also die Reichsunmittelbaren, außerdem uneingeschränkt in Sachen wegen Landfriedensbruchs sowie wegen Rechtsverzögerung und Rechtsverweigerung und für Nichtigkeitsbeschwerden.

Als im November 1495 das RKG in Frankfurt seine Arbeit aufnimmt, gibt es auf dem Gebiet des heutigen Landes Schleswig-Holstein acht reichsunmittelbare Territorien oder Herrschaften. Die weitaus größte von ihnen ist oder sind die Herzogtümer Schleswig und Holstein, seit 1460 in der Hand des Königs von Dänemark und derzeit, von 1490 bis 1523, zwar im Bereich des Domaniums geteilt zwischen ihm und seinem Bruder, dem Herzog auf Gottorf, nicht aber in der gemeinschaftlich wahrgenommenen Herrschaft über den Adel. Allerdings, nur Holstein gehört zum Reich, Schleswig dagegen ist dänisches Lehen; aus Schleswig geht kein Rechtszug an das Reich, übrigens auch nicht nach Dänemark: in Schleswig wird ausgehendes Recht gesprochen. Zwar nimmt das Reich im späten 14. und im 15. Jahrhundert gelegentlich das Bistum Schleswig für sich in Anspruch; seit dem



Konstanzer Reichstag 1507 wird der Bischof von Schleswig in der Reichsmatrikel geführt und zu Reichssteuern veranlagt, 1526 geht der Reichsfiskal beim RKG gegen ihn vor und droht wegen Nichtzahlung mit Entzug der Regalien, bis dann das 1549 eingeleitete neue fiskalische Verfahren 1587 zu der Anerkennung führt, daß er weder reichssteuerepflichtig noch überhaupt reichszugehörig ist.<sup>14</sup> Deshalb dürfen später Kammerboten im Herzogtum Schleswig nicht mehr tätig werden, auch kaiserliche Notare werden dort nicht geduldet; doch in der hier zu betrachtenden Zeit ist man noch nicht so heikel, Ladungen werden 1526 in Schleswig, 1527, 1540, 1541, 1543 auf Gottorf, 1540, 1541 und 1544 in Flensburg, 1527 in Hadersleben zugestellt; 1540 nimmt der König persönlich in Flensburg eine Ladung entgegen (sein Kanzler, allerdings in einer Privatsache, 1550 sogar mitten im Königreich, in Roskilde auf Seeland<sup>15</sup>); überhaupt wird unter *Holstein* gewöhnlich auch *Schleswig* mitverstanden.

Zweitens steht unmittelbar unter dem Reich das Land Dithmarschen, *die freien Dithmarschen*, wie sie sich selbstbewußt nennen,<sup>16</sup> die nominell zwar den Erzbischof von Bremen, tatsächlich aber niemanden als Obrigkeit anerkennen und sich durch ihre 48 *Gubernatoren und Regenten* selbst regieren; die 1474 vom Kaiser ausgesprochene Einverleibung in das Herzogtum Holstein ist nicht wirksam geworden. Drittens die Grafschaft Holstein-Schauenburg, in früheren Landesteilungen mit den schauenburgischen Stammlanden an der Weser verbunden geblieben und vom übrigen Holstein losgelöst. Viertens das Herzogtum Sachsen-Lauenburg, in Rang und Anspruch immer noch höher stehend als in seinen nur begrenzten Machtmitteln: Herzog Magnus' drei Brüder sind Bischof von Hildesheim, Bischof von Münster, Dompropst zu Köln und Münster, zwei Töchter werden Königinnen von Dänemark und von Schweden.

Dann fünftens und sechstens die geistlichen Institutionen: Bischof und Domkapitel zu Lübeck, Bischof und Domkapitel zu Ratzeburg. Endlich siebentens und achtens die Städte, Lübeck in anerkannter, Hamburg in je nach seinem Vorteil behaupteter oder geleugneter Reichsfreiheit; beide hier nur der Ordnung halber genannt und nachher ihrer Eigenart wegen in die Betrachtung nicht einbezogen.

Alle sechs reichsunmittelbaren Herrschaften (übrigens die beiden Städte ebenso) begegnen als Parteien in erstinstanzlichen Verfahren vor dem RKG.

Vorweg seien, als besondere Gruppe, solche Verfahren wenigstens erwähnt, die der Reichsfiskal wegen der Nichtzahlung von Reichssteuern anstrengt. 1511 und in den folgenden Jahren geht er gegen 37 reichsunmittelbare Bischöfe, Prälaten, Grafen und Städte vor, die entgegen den Ausschreibungen von 1505 und 1507 Ungarnhilfe und Romzug nicht entrichtet haben, und droht mit Entzug der Regalien, so auch den Bischöfen von Lübeck und von Ratzeburg. Der Lübecker, ohnehin am niedrigsten von allen Reichsbischöfen veranlagt, erwidert, er müsse in Holstein zahlen, und das Bistum sei überschuldet (beides trifft zu), auch habe er keine Regalien vom Reich.<sup>17</sup> Diese letzte Behauptung wiederholt sein Nachfolger nicht, als er 1525 und 1527 von neuem aus solchem Anlaß vom Fiskal belangt wird; das Domkapitel macht dem Bischof Vorhaltungen wegen seiner Saumseligkeit: denn komme



es tatsächlich zur fiskalischen Aberkennung der Regalien, dann müsse er förmliche Neubelehnung erwirken, und die erreiche er nur unter hohen Kosten. Offenbar kann der Bischof die Sache durch schleunige Zahlung beilegen – das gerichtliche Vorgehen des Reichsfiskals erreicht also seinen Zweck -, und es kommt (anders als 1511) nicht zum eigentlichen Verfahren, sondern bleibt im Extrajudizialstadium, beim RKG werden keine Akten angelegt; die Sache ist nur anderweitig überliefert.<sup>18</sup> Möglich also, daß außer den Bischöfen von Lübeck, Ratzeburg, Schleswig gelegentlich noch andere Herrschaften derartiges Vorgehen des Fiskals auf sich gezogen haben könnten. Herzog Magnus von Lauenburg bringt sich mehrfach in die Gefahr, in die Acht erklärt zu werden; 1526 rät ihm sein nach Eßlingen entsandter Sekretär dringend zu zahlen: möge er auch zu hoch veranschlagt sein, so betrügen doch die Rückstände nicht mehr als 512 Gulden; wenn aber er in die Acht käme, so verlöre er an einem einzigen Tage das Zehnfache, und zudem warteten seine Feinde nur darauf: dann wollten sie gegen ihn nicht feiern.<sup>19</sup> 1531 kommt es wegen nicht gezahlter Türkensteuer tatsächlich zur Erklärung der Acht über ihn.<sup>20</sup> Sonst begegnet der Reichsfiskal in anderen Verfahren, wenn in deren Verlauf Strafen verhängt werden und er als Nebenkläger *pro suo interesse* den ihm zustehenden Anteil fordert.

Ohne diese besondere Gruppe gibt es im ersten Halbjahrhundert des RKG in Schleswig-Holstein, soweit bisher ermittelt, fünfzehn erstinstanzliche Verfahren, und dazu drei weitere, die nicht über das Extrajudizialstadium hinaus betrieben werden. Vierzehn Verfahren werden im Lande selbst, vier werden von außerhalb anhängig gemacht. Fast alle beginnen in den zwölf Jahren 1518-1529, danach nur noch eines 1532 und eines 1541. Deutlich unterscheiden sich die einzelnen Herrschaften nach ihrer Stellung als Kläger oder als Beklagte. Eine mächtige Herrschaft bedarf des Schutzes vom Reiche nicht und braucht sich nicht an dessen Gericht zu wenden, sie schützt sich selbst: Holstein erscheint als Kläger überhaupt nicht. Lauenburg klagt zweimal, um sich mächtigerer Nachbarn zu erwehren, und zweimal gegen Zufügung von Schande und Schaden. Schauenburg klagt einmal. Dringender ist die Geistlichkeit auf den Schutz von Reich und RKG angewiesen: Bischof und Domkapitel zu Ratzeburg klagen viermal (ebensooft übrigens das benachbarte, aber nicht reichsunmittelbare Domkapitel zu Hamburg). Daß dagegen Bischof und Domkapitel zu Lübeck nur zweimal klagen und dann auch nicht über das Extrajudizialverfahren hinausgehen, hat seinen besonderen Grund: sie nämlich finden den Rückhalt, den andere beim Reich suchen müssen, beim Rat der Stadt Lübeck.

Ein umgekehrtes Bild zeigt sich bei den Beklagten: niemand braucht Schutz vor den Schwachen, vor den Mächtigen jedoch desto mehr. Gegen die geistlichen Institutionen wird gar nicht geklagt, gegen Dithmarschen einmal, aber gegen Holstein viermal; daß Lauenburg sogar siebenmal als Beklagter steht, hängt allerdings mit der Persönlichkeit des Herzogs Magnus zusammen.

Mehrfach gibt es in derselben Sache mehrere Verfahren, nacheinander oder auch

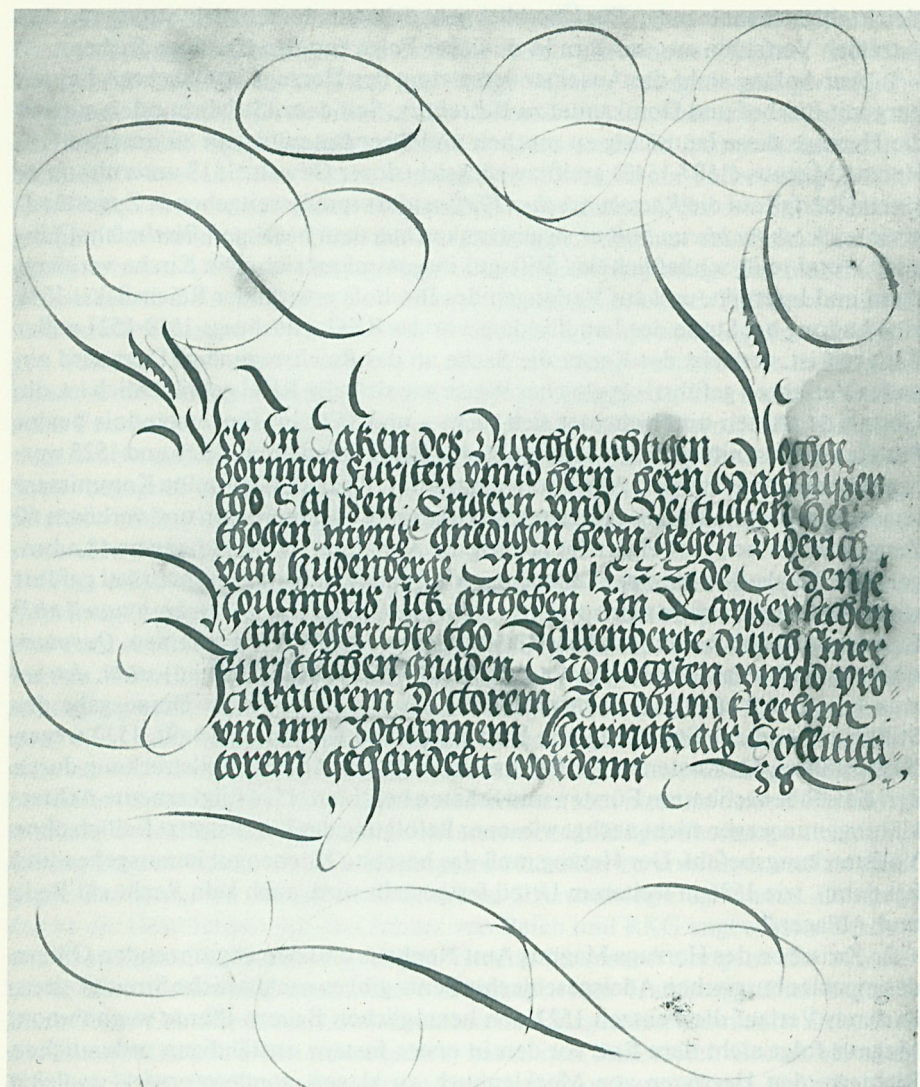


gleichzeitig nebeneinander. Ein Überblick geht daher am besten nicht streng von den einzelnen Verfahren aus, sondern in zeitlicher Folge von den streitigen Sachen.

1. Am Anfang steht die Auseinandersetzung des Herzogs von Sachsen-Lauenburg mit Bischof und Domkapitel zu Ratzeburg. Seit dem 15. Jahrhundert suchen die Herzöge diese landsässig zu machen und ihrer Botmäßigkeit zu unterwerfen. Herzog Magnus (1507-1543) greift zu rücksichtsloser Gewalt. 1517 unternimmt er einen Überfall auf die *Ratzeburgischen Pfaffen* und erpreßt weitgehende Zugeständnisse – *ick bin nu biscup*, ruft er siegestrunken aus dem besetzten Bischofshof hinaus<sup>21</sup> – und reißt schließlich das Stiftsgut insgesamt an sich. Die Kirche verhängt Bann und Interdikt, und auf Verlangen des Bischofs erwirkt der Reichsfiskal 1518 eine Ladung bei Strafe des Landfriedens vor das RKG. Als dieses 1519-1521 außer Tätigkeit ist, verweist der Kaiser die Sache an das Reichsregiment. Dort wird ein neues Verfahren geführt – in gleicher Weise wie sie beim RKG gebräuchlich ist, die Gestalt der Akten unterscheidet sich nicht – und 1522 im Einverständnis beider Parteien an das mittlerweile wiedereröffnete RKG überwiesen. 1526 und 1528 werden dort noch zwei weitere Verfahren eingeleitet. Vom RKG bestellte Kommissare lassen zum Beweis in Lübeck zahlreiche Urkunden transsumieren und verhören 60 Zeugen. Mehrfach verweigert der Herzog die Annahme von Mandaten und Ladungen, die ihn als *Herzog zu der Lauenburg*, wie er auch in der Reichsmatrikel geführt wird, anreden: *er sey ein hertzog von Sachsen, man gebe im sein angeborn tuttell nit*.<sup>22</sup> Er zeigt sich zunächst sehr sicher, läßt sich gar mit dem Vers vernehmen, *Qui moritur minis, pulsabitur sibi bumbis – teutonice: Wer von trewen (Drohen) stirbt, den sol man mit furtzen zum grab leutten*.<sup>23</sup> Dann aber wird er 1530 zur Herausgabe des Stiftsgutes und zur Erstattung von Nutzungen und Kosten verurteilt, 1532 wegen Nichtzahlung der Kosten in die Reichsacht erklärt und deren Vollstreckung durch den Kaiser benachbarten Fürsten und Städten befohlen. 1534 folgt erneute Achterklärung, nun wegen nicht nachgewiesener Befolgung des Urteils, jetzt freilich ohne Vollstreckungsbefehl. Der Herzog muß das besetzte Kirchengut herausgeben und hat daran, wie 1536 in weiterem Urteil festgestellt wird, auch kein Recht auf Bede und Ablager.<sup>24</sup>

2. Zwischen des Herzogs Magnus Amt Neuhaus und den angrenzenden Gütern des mecklenburgischen Adelsgeschlechts Pentz gibt es nachbarliche Streitigkeiten, in deren Verlauf die Pentzen 1522 den herzoglichen Bauern Pferde wegnehmen. Magnus folgt nicht dem Rat, vor den in erster Instanz zuständigen ordentlichen Richtern, den Herzögen von Mecklenburg, zu klagen, sondern erwirkt sogleich beim RKG eine Ladung wegen Landfriedensbruchs, läßt sie den Pentzen zustellen und beim RKG wiedereinbringen. Dort erscheinen die Pentzen nicht, dem Herzog wird *in contumaciam* weiteres Vorbringen zugestanden; zur gleichen Zeit gibt es unmittelbare Verhandlungen, und die Pferde werden, soweit noch vorhanden, zurückgegeben; aber das erscheint dem Herzog nicht als hinreichende Genugtuung *vor den begangen frevel hoene spot und schaden*, und er will weiter am RKG verfahren, obgleich es da nur um den Landfrieden und nicht um den eigentlichen





Von November 1522 bis Oktober 1523 berichtet der von Herzog Magnus von Sachsen-Lauenburg nach Nürnberg entsandte Sekretär Johannes Haring [Kanoniker am Kreuzstift zu Hildesheim] über seine und des Prokurators Dr. Jakob Krell dort vor dem RKG in des Herzogs Sache gegen Dietrich v. Hudenberge betriebenen Verrichtungen (20 Blätter). Die Sache gelangt nicht über das Extrajudizialverfahren hinaus, das RKG legt keinen besonderen Aktenband an, nur die Akten des Herzogs geben Kenntnis.

LAS 210 Nr. 191.



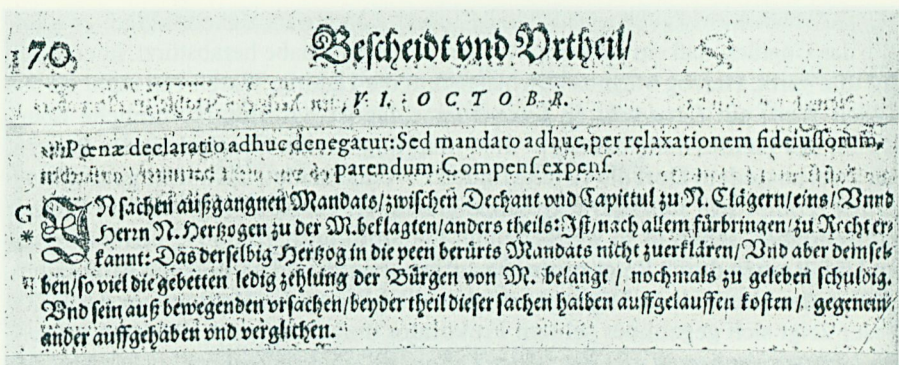
Streit gehen kann. Dieser wird dann doch anderweitig beigelegt und die Sache am RKG nicht weiter verfolgt.<sup>25</sup>

3. Herzog Magnus erhält 1521 von dem lüneburgischen Adligen Dietrich v. Hudenberge zu Hudemühlen die Kündigung auf ein dargeliehenes Kapital von 1400 Gulden und weist sie zurück, weil der Schuldbrief 1509 nur ihm als dem Schuldner und nicht auch dem Gläubiger ein Kündigungsrecht vorbehalten hat. Hudenberge mahnt die 14 Bürgen ins Einlager nach Lüneburg und läßt, als sie nicht kommen, dort Schandbriefe anschlagen, auf denen sie namentlich, voran der Bischof von Ratzeburg in Ornat mit Inful, abgemalt sind, wie jeder sein Siegel einer Sau auf den Sterz drückt, dazu entsprechende Reime. Magnus beschwert sich bei den Herzögen von Braunschweig-Lüneburg als Hudenberges Landesherren; die von diesen angesetzten Verhandlungen kommen nicht zustande; Magnus, da er kein Recht habe erlangen können, wendet sich 1522 an das RKG und fordert Inhibitionalmandat und Ladung. Das RKG lehnt ab, solange er nicht hinlänglich beweise, daß der ordentliche Richter ihm das Recht verweigere. Aber auf wiederholtes und dringenderes Anhalten bewilligt es eine Woche später doch das Inhibitionalmandat, aber ohne Ladung. Erst als Hudenberge nach fast einem Jahr erneut die Bürgen mit weiterer Schändung bedroht, läßt Magnus ihm das Mandat zustellen, und nun zeigt er sich zu Verhandlungen bereit, die nach einigem Hin und Her schließlich 1524 zum Ziele führen. Das zugestellte Mandat wird beim RKG nicht wiedereingebracht, die Sache nicht über das Extrajudizialstadium hinausgeführt.<sup>26</sup>

4. Herzog Magnus gerät wegen der Vollstreckung des Testaments seines Bruders, des Bischofs Erich von Münster († 1522), in weitläufige Streitigkeiten, Forderungen und Gegenforderungen mit dem Münsterschen Domkapitel, verweigert jedoch die von diesem angebotene rechtliche Auseinandersetzung vor Papst, Kaiser, Reichsregiment, RKG oder sonst, hält vielmehr 1523 auf der „Salzstraße“ – Lübecks wichtigste Handelsstraße von und nach Süden läuft durch sein Land – zwei Kaufleute aus dem Stift Münster mit ihren vier Wagen und zwei Karren fest und läßt in Lübeck kundtun, dergestalt künftig alle Münsterschen Hintersassen und Güter wie Feindesgüter angreifen zu wollen. Zwar führt er auf Lübecks sofortiges Einwirken diese Drohung nicht aus, gibt auch – dem Rat zu Ehren und Gefallen, *dahin ehs die Münsterischen nymmer solten gebracht haben* – nach zwei Wochen die Kaufleute und den größten Teil der beschlagnahmten Waren wieder frei, besteht aber auf Zahlung des beträchtlichen Lösegeldes, für das Lübecker Kaufleute sich haben verbürgen müssen. Münster erwirkt ein Mandat bei Strafe des Landfriedens, das dem Herzog das Vorbringen rechtlicher Einwände freiläßt, sowie Ladung dafür und zur Erörterung des eigentlichen Streites. Kommissare erheben in Osnabrück Beweis aus Akten und von Zeugen, 1530 beschließen die Parteien zum Urteil, 1531 wird es gesprochen: der Herzog nach Rücknahme seiner Repressalien zwar nicht in die Strafe des Landfriedens erklärt, ihm aber die Einforderung des Lösegeldes von den Bürgen erneut verboten; die Kosten werden gegeneinander aufgehoben und verglichen, von den eigentlichen Streitpunkten ist nicht die Rede.<sup>27</sup>







Am 11. Juni 1529, am 16. Februar und am 30. März 1530 verzeichnet das Protokoll der vor dem RKG in Speyer geführten Sache von Dekan und Domkapitel zu Münster gegen Herzog Magnus von Sachsen-Lauenburg die letzten Termine. Die Parteien beschließen zum Urteil. Protokoll und Akten geben keinen Hinweis darauf, ob ein Urteil gesprochen wird.

LAS 390 Nr. 287.

Am 6. Oktober 1531 spricht das RKG sein Urteil. Es findet sich überliefert nur in den fünf großen Folianten, in denen Raphael Seyler und Christian Barth 1604-1605 die vom RKG in den Jahren 1495 bis 1587 erlassenen Urteile und Bescheide zum Druck gebracht haben. Allerdings sind da die Namen der Parteien und ihrer Wohnsitze wiedergegeben nur durch Anfangsbuchstaben, und diese sind jeweils um einen oder häufiger um zwei Buchstaben im Alphabet vorgeückt. Hier also, in Band 2 Seite 70 Absatz G, um jeweils einen Buchstaben: Dekan und Kapitel zu N. – das ist Münster -, N. Herzog zu der M. – das ist Magnus und Lauenburg, Bürgen von M – das ist Lübeck.



5. 1527 haben zwei auf der „Salzstraße“ durch Lauenburg ziehende Bremer Kaufleute das Unglück, daß ein auf ihrem Wagen sitzender Knabe herabstürzt, überfahren wird und stirbt. Herzog Magnus beschlagnahmt die Ladung, Waren von mehr als 500 Gulden Wert; ein *Landrecht zu Lauenburg* – das ist das altherkömmliche obere Gericht des Landes Sadelbande, in dem ursprünglich die Gesamtheit der Bauern, jetzt zwei aus jedem Dorf die Urteile finden<sup>28</sup> – entscheidet, *das solche guter als verwarlost verfalln sein sollen*. Die Geschädigten aber, beraten offenbar vom Bremer Stadtschreiber, sehen in so weitgehender Gefährdungshaftung bei unverschuldetem Unfall einen durch Reichsordnung aufgehobenen und verbotenen Mißbrauch, erklären das Urteil als nichtig und erwirken die Ladung des Herzogs vor das RKG. Dieser zeigt sich gegenüber seinem Prokurator dort befremdet, daß man *uff solicher leichtfertiger person alse der zweien knapsecke oder sonnenkremer ... ertichts furbringen und in solchen losen sachen* eingeht; er habe auf des Prokurators Rat alle auf dem Wagen liegenden Waren zurückgegeben, nur was jenen beiden gehört, sei liegengeblieben – warum, sagt er nicht –, nun aber beim Brand des Schlosses Lauenburg vernichtet; auch habe der Bremer Rat sich auf sein, des Herzogs, Schreiben hin nicht wieder gemeldet.<sup>29</sup> Beim RKG wird die Sache ebenfalls nicht weiter betrieben.<sup>30</sup>

6. Seit jeher haben die Herzöge von Sachsen-Lauenburg die Herrschaft über das Land Hadeln an der Niederelbe. 1499 versuchen sie, sich gewaltsam auch das angrenzende Land Wursten zu unterwerfen, vergeblich; aber 1518 wird Herzog Magnus von den Wurstern anerkannt, nachdem sie einen ähnlichen Versuch des Erzbischofs von Bremen abgeschlagen haben. Dieser jedoch fällt 1524 verwüstend über beide Länder her; Magnus und der Reichsfiskal gehen in getrennten Verfahren beim RKG wegen Landfriedensbruchs gegen ihn vor; am Ende kann Magnus nur Hadeln behaupten, der Erzbischof aber Wursten an sich bringen.<sup>31</sup>

---

Am 25. Februar 1527 erheben die vom RKG in der Sache von Dekan und Domkapitel zu Münster gegen Herzog Magnus von Sachsen-Lauenburg zu Kommissaren ernannten Dompropst und Bürgermeister zu Osnabrück Beweis und vernehmen dortselbst in der Dompropstei vierzehn Zeugen über die von Münster vorgelegten Beweisartikel und die vom Herzog dagegen eingebrachten allgemeinen und besonderen Fragstücke. Ebenso wie schon der neunte sagt auch der zwölfte Zeuge, beide etwa 40 Jahre alte Fuhrmannsknechte zu Münster, auf das fünfte allgemeine Fragstück, ob er ein Ehebrecher sei: er pflege die Ehe nicht oft zu brechen, beuge sie aber zuweilen wohl; der neunte Zeuge bezeichnet sich zudem, ebenso wie schon der erste, als leibeigen. Diese Aussagen werden vom Referenten im RKG in Randbemerkungen hervorgehoben, und dem herzoglichen Prokurator geben sie willkommene Gelegenheit, diese Zeugen als unglaubwürdig abzulehnen: *So bekennen sie ains tails ir aigen schand, nemlich das sie eebrecher und aigen leutt seyn; derhalben inen als erlosen und vordechtlichen gezeugen von recht kein gelaub geben werden mag, sonder ist ir vermeinte sag im rechten nichtig und unbundig*. Der münstersche Prokurator erwidert zwar, daß die Leibeigenschaft einem Zeugnis vor Gericht nicht entgegenstehe, muß im übrigen aber die Ablehnung gelten lassen; allerdings seien es schließlich nicht mehr als zwei, die sich als Ehebrecher bekennen, und so blieben dennoch der andere glaubwürdige und unbefleckte zeugen noch eyloff.

LAS 390 Nr. 287, Q 20 fol. 82; vgl. Q 21 und 22.



sal auctz hi voer gesegen habe (binnen)  
 Antswor de nroch vnd secht hi en  
 hadde de Amckell nroch gesegen noch  
 gelaessen eder horen lassen / sy ontg  
 van in diende onderwyser vnder  
 nroch vnd gelot wo eder was hi  
 egingen solle / hadde si och nroch  
 sinen medegingen nroch besprocken  
 eder auctz eynre gekonnen woe se ien  
 gen wyllen eder nroch

Op dat vyfste fragesmucke begynnende  
 Item al er in Damm eder in der Arde  
 eyn Gelucken eder auctz Geluck gelot  
 ren sy Antswor de nroch vnd secht  
 dat hi nroch in den Damm eder in  
 der Arde sy vnd sy feng vnd vng  
 eynen Gelucken bedde gebaren vnd

finge seint / hi implege de de nroch vaken bierten  
 boots asse / sinnder hi boeg se vnderziden walt

Op dat sesste fragesmucke begynnende  
 Item al er den Duffschiffe ader Dufft  
 Winster / Antswor de nroch vnd  
 secht dat hi den Duffschiffe vnd  
 Dufft Winster eder den Dufft  
 liden nroch vorgegint eder vromang



7. Seit 1524 betreiben die Städte Hamburg und Lübeck, wie ein Dreivierteljahrhundert vorher schon einmal, im Einverständnis mit Holstein die Herstellung einer Kanalverbindung zwischen beiden Städten durch Schiffbarmachung der Beste zwischen Trave und Alster. Herzog Magnus fürchtet, die Umleitung des Warenverkehrs werde seine Einkünfte aus dem Elbstromregal und aus dem seit 1398 bestehenden Stecknitz-Kanal zwischen der Elbe und Lübeck mindern. Er erwirkt beim RKG 1525 und in den nächsten Jahren Mandate, die den Bau untersagen. Die Städte weisen (zutreffend) darauf hin, daß der Kanal des Herzogs Territorium nicht berühre und er keinen Rechtsgrund dagegen geltend machen, allenfalls auf *lucrum cessans* verweisen könne; sie suchen Zeit zu gewinnen und indessen den Bau zu fördern. Als aber Magnus 1528 ein Exekutorialmandat mit Androhung der Acht erlangt, leisten sie Gehorsam und geben den Bau auf – aber nur, weil nun absprachegemäß Holstein ihn fortsetzt und ungeachtet auch ihm zugestellter Mandate daran festhält. 1531 gibt es vor dem RKG die letzten Termine und dann ein Zwischenurteil mit Ernennung von Kommissaren; danach wird die Sache offenbar nicht fortgesetzt: sie hat sich erledigt, seit 1529 kann der Kanal befahren werden.<sup>32</sup>

8. Holstein – das ist König Friedrich I., seit 1490 zu Gottorf Herr über die halben, seit 1523 aber über die ganzen, nun nicht mehr geteilten Herzogtümer Schleswig und Holstein und zugleich König von Dänemark, wo er sich auf Ruf des dänischen Adels und im Bunde mit Lübeck gegen den vertriebenen König Christian II. durchsetzt. Christian aber hat Kaiser Karls V. Schwester Elisabeth zur Frau, und dieser sucht die Rückgewinnungsversuche seines Schwagers nach Kräften zu fördern. Aber Verhandlungen führen zu nichts, kriegerische Unternehmungen kommen nicht zustande, nun wird es auch beim RKG versucht. Am Neujahrstage 1525 stellt dieses die Ladung an Friedrich und an Lübeck aus. Dabei macht es keinen Unterschied zwischen den Vorgängen innerhalb des Reiches und denen außerhalb, in Dänemark, gleich als ob auch diese unter der Jurisdiktion von Reich und RKG stünden: allenthalben im Reich sei landkundig, *wie und wasgestalt ir* [Friedrich und Lübeck] *gegen inen* [Christian und Elisabeth], *irn kunigreichen landen leuten leibzucht und anderm - zu geburlicher zeit clerlicher furzupringen - wider gemeine geschribne recht, guldin bull, unser und des reichs aufgerichte ordnungen und landtfrieden gehandelt habent*. Lübeck dreht den Spieß um und erhebt seinerseits Attentatenklage gegen Christian: obwohl die Sache unentschieden beim RKG rechtshängig sei, übe er Feindseligkeiten und hindere damit die Befolgung der Ladung. Die Attentatenklage wird 1530 abgewiesen, unter Vergleichung der Kosten; in der Hauptsache, Friedensbruch und *spolium*, gibt es, trotz wiederholten Drängens des Kaisers, nur Zwischenurteile, und nach 1532 wird die Sache nicht weiter fortgesetzt; da ist Christian zu seinem Rückeroberungszug aufgebrochen, in dem er bald in Gefangenschaft gerät und bis zu seinem Tode 26 Jahre später die Freiheit nicht wieder erlangt.<sup>33</sup>

9. Für König Friedrich I. gestaltet sich 1523 und danach die Gewinnung Dänemarks langwieriger und kostspieliger als erwartet. Um die Kriegskosten und die



von Christian II. hinterlassenen Schulden aufzubringen, erhebt er nicht nur in Dänemark, sondern auch in Schleswig-Holstein wiederholt schwere Sondersteuern und läßt schließlich im Februar 1526 die Geistlichkeit – Bischöfe, Domkapitel, Stifte, Klöster – auf hohe Summen taxieren, die sie zum Jahresende entrichten sollen: weit über die laufenden Einkünfte hinausgehend und nur durch Rückgriff auf die Substanz aufzubringen. Bischof und Domkapitel zu Lübeck, auf 15 000 Mark Lübsch veranschlagt, weigern sich, in stetiger Abstimmung mit dem Rat der Stadt, der zwar einerseits ihnen seit fast hundert Jahren durch Kaiser und König zum Konservator gesetzt ist und ihre Bedrückung keinesfalls zulassen will, andererseits aber auf sein Bündnis mit König Friedrich Rücksicht nehmen muß. Im September 1526 wenden sie sich an das RKG. Anfang Dezember kommt der Kammerbote mit den drei erwirkten Mandaten: eines an den König gegen die Steuer, eines an König und Adel gegen Verweigerung des Zehnten, eines an den Rat als Konservator. Aber gerade zeigt sich eine Aussicht auf Vergleich: vielleicht kann die Zustellung der Mandate doch noch vermieden werden? Der Bote erklärt sich bereit, einstweilen in Lübeck – oder zu leichterem Geheimhaltung vielleicht besser in Lüneburg oder Rostock? – abzuwarten, bei Erstattung seiner Aufenthaltskosten. Nach vier Wochen hat sich die Aussicht zerschlagen, Anfang Januar 1527 wird der Bote in sicherer Begleitung zur Zustellung nach Gottorf entsandt und bringt dann die Zweitschriften der Mandate mit seiner Bescheinigung über den Vollzug der Zustellung nach Lübeck zurück. Der König, den doch die wegen der Vertreibung Christians II. seit Jahren verhängte Reichsacht nicht weiter kümmert, zeigt sich äußerst erbittert darüber, daß er beim RKG angezeigt wird, und will darin einen Bruch ihm geleisteter Eide sehen (aber tatsächlich hat nur der Bischof einen Eid und nur als Rat geleistet – *iuravit fidelitatem consilii sui*). Dennoch verzichtet er auf den zunächst erwogenen gewaltsamen Zugriff auf das Bischofsgut, vor allem unter dem Eindruck der festen Haltung des Lübecker Rates, und es wird weiter verhandelt; unterdessen betreiben Bischof und Kapitel die Sache beim RKG nur hinhaltend. Als jedoch im Oktober 1527 der König alle Einkünfte der Lübecker Geistlichkeit in seinem Lande sperrt, damit also unter Nichtachtung der Rechtshängigkeit tätlich vorgeht, wird des Bischofs Sekretär nach Speyer entsandt, um das Verfahren nunmehr ernstlich und schleunigst zu fördern und keinesfalls ohne neue Inhibitionalmandate zurückzukehren. Da aber bringt in letzter Stunde ein Vermittler aus dem Adel doch noch einen Vergleich zustande. Ein eilends nach Speyer abgefertigter neuer Bote kommt gerade noch rechtzeitig an: die Supplik ist zwar bereits aufgesetzt, aber ebenso wie die Zweitschriften der Mandate mit den Zustellungsvermerken des Kammerboten noch nicht eingereicht, also ist die Sache beim RKG immer noch im Extrajudizialstadium. Und da bleibt sie, sie wird nicht weiter verfolgt, ein eigentliches Verfahren wird dort nicht eröffnet und folglich ein besonderer Aktenband nicht angelegt. Unsere Kenntnis beruht nur auf dem Protokoll des Domkapitels, das die Entwicklung in ihren einzelnen Schritten und oft von Tag zu Tag festhält und damit Einsichten gibt, die sonst gewöhnlich nicht möglich sind. Hilfe von



außen zu suchen, ist allemal eine weitaussehende und in den möglichen Folgen niemals mit voller Sicherheit im voraus einzuschätzende Sache; der Beschluß wird gründlich und immer noch einmal von neuem bedacht, in ständiger Fühlung mit dem Rat der Stadt, und nur ungern wird schließlich dieser allerletzte Ausweg beschritten. Dann aber heißt es sich entscheiden, für Wendung an den Kaiser, oder an den Reichstag, oder an das Reichsregiment, oder eben an das RKG; sich entscheiden für eine Klage ausführlich und umständlich und mit zahlreichen Urkunden untermauert, oder ganz kurz und auf nur einzelne Punkte beschränkt; sich entscheiden für Ausbringung einer Ladung erst in der Stunde der Not, oder, um sie dann allenfalls sogleich bei der Hand zu haben, schon vorsorglich, aber durchaus nicht mit der festen Absicht zur Weiterführung der Sache. Auch in anderen Sachen wird gelegentlich die Anrufung des RKG erwogen. Stets hat man auch die Kosten im Auge: sie können geringer gehalten werden, wenn mehrere in gleicher Sache Betroffene ein gemeinsames Verfahren anstrengen, oder wenn doch zumindest mit Nachbarn, die zur gleichen Zeit Prozesse führen, Absprachen getroffen und dieselben Prokuratoren und die dieselben Boten beauftragt werden, so mit Bischof und Domkapitel zu Ratzeburg oder mit dem Domkapitel zu Hamburg.<sup>34</sup>

10. Das Hamburger Domkapitel, nicht reichsunmittelbar und, was schwerer wiegt, nicht mit so festem Rückhalt am Rat seiner Stadt wie in Lübeck, wendet sich ebenfalls gegen die auch ihm auferlegte Sondersteuer (5000 Mark) an das RKG: überdies sei es in Holstein aller seiner Güter, Einkünfte und Rechte entsetzt. Ein Mandat gebietet Ende Dezember 1526 dem König Verzicht auf die Steuer und Rückgabe des Entzogenen, läßt aber – außer gegen das unbedingt ausgesprochene Verbot gewaltsamen Handelns – rechtliche Einwendungen zu und verfügt dafür Ladung. Der Kammerbote kommt über Lübeck und verschweigt nicht, was er bringt. Die Lübecker fürchten, der gerade erst vor wenigen Wochen durch ihre eigenen Mandate erregte Zorn des Königs werde durch das neue Hamburger Mandat noch mehr erhitzt werden, und das könne auch ihnen selbst zum Nachteil gereichen; am liebsten hätten sie die Hamburger veranlaßt, die Zustellung zu unterlassen. Dennoch geschieht sie. Der König nimmt auf Gottorf das Mandat zwar an, ebenso sein Sohn in Hadersleben; aber jetzt sieht er sich, anders als im Falle der durch den Rat geschützten Lübecker Geistlichkeit, nicht zur Mäßigung genötigt: er mißachtet Mandat und Ladung, erklärt vielmehr das Domkapitel wegen falscher Anschuldigungen des *criminis lese maiestatis regie* schuldig, seine Privilegien als verfallen und seine Güter dem Fiskus zuzuteilen; sie werden eingezogen. Das Domkapitel betrachtet danach die Sache anscheinend als aussichtslos und hat keine Hoffnung mehr, beim RKG Hilfe zu finden: es betreibt das Verfahren nicht weiter – obwohl es doch eben zur selben Zeit ein anderes und immerhin vergleichbares neu anstrengt.<sup>35</sup>

11. Von jeher genießt das Hamburger Domkapitel weitgehende Rechte in Dithmarschen; einzelne Pfarrkirchen sind bestimmten Präbenden im Kapitel inkorporiert, der Propst hat die geistliche Gerichtsbarkeit. Vor allem diese trifft seit dem



15. Jahrhundert auf Widerstand und wird immer weiter zurückgedrängt, bis schließlich im Jahre 1523 der Offizial des Propsten nicht mehr zur Visitation ins Land zu kommen wagt und das Kapitel alle seine Einkünfte dort verliert. Nachdem Vermittlungsbemühungen scheitern, klagt es 1527 beim RKG, nimmt dabei übrigens den Besitz nicht nur geistlicher, sondern auch weltlicher Jurisdiktion für sich in Anspruch. Der Kammerbote wagt nicht, die Ladung in Dithmarschen zuzustellen, so wird sie noch einmal erlassen und nun ediktsweise in den umliegenden Städten angeschlagen. Die Dithmarscher bestreiten die Zuständigkeit des RKG, der Erzbischof von Bremen sei ihr ordentlicher Richter. Nach umfangreichen Zeugenvernehmungen durch den Lübecker Rat als Kommissar wird ihnen 1532 recht gegeben und die Klage kostenpflichtig abgewiesen. Aber der Erzbischof verweist im nächsten Jahr die Sache ans RKG zurück, 1537/38 gibt es neue Zeugenverhöre in Lübeck, das Verfahren wird bis zum Untergang der Dithmarscher Freiheit 1559 fortgeführt und schläft 1562 ein.<sup>36</sup>

12. Von des Kammerboten Konrad van Warendorf 1529 begonnenem und erst nach drei Jahrzehnten zum Abschluß kommenden Verfahren gegen den Herzog von Sachsen-Lauenburg ist schon berichtet.

13. Der Herzog von Braunschweig-Lüneburg fordert 1532 von den auf der Lüneburger Sülze begüterten geistlichen Institutionen, soweit sie außerhalb seines Landes ansässig sind, auf zwölf Jahre die Hälfte ihrer Sülzrenten. Bischof und Domkapitel zu Lübeck wenden sich sofort und im Namen aller betroffenen Sülzprälaten, nicht nur derer in ihrer Diözese – und zwar um Zeit zu gewinnen ohne vorherige Rücksprache, in der Gewißheit, daß jene dankbar zustimmen und zu den Kosten beitragen werden – an das RKG. Dieses erläßt 1533 Mandat bzw. Ladung, rechtliche Einwände vorzubringen. Anscheinend finden die Lübecker auch jetzt wieder eine außergerichtliche Lösung, ohne Einleitung eines förmlichen Verfahrens und dieses Mal sogar ohne Zustellung des Mandats; das Domkapitel erhält in den nächsten Jahren seine Sülzrenten ohne Abzug.<sup>37</sup> Erst mehr als zwei Jahrzehnte später kommt es zu förmlichem Prozeß der Sülzprälaten gegen den Herzog und zu dessen Widerklage.<sup>38</sup>

14. Friedrich von Ahlefeldt zu Haseldorf deicht an der Elbe eine Fläche Vorlandes neu ein. Graf Adolf von Holstein-Schauenburg, Koadjutor zu Köln, nimmt einen Teil dieser Fläche als Bestandteil seiner Grafschaft in Anspruch, nur das übrige gehöre zu Holstein. Er erwirkt 1540 eine Ladung des RKG; dessen Zuständigkeit sei gegeben gemäß der Wormser Ordnung von 1521,<sup>39</sup> weil die streitige Fläche von verschiedenen Obrigkeiten beansprucht werde. Ahlefeldt bestreitet das – denn er gesteht ja dem Grafen keinen Besitz zu –, verlangt Nichtannahme der Klage und Verweisung an den König als seinen Landesherrn und ordentlichen Richter, überreicht auch ein entsprechendes königliches Schreiben. Noch ehe darüber entschieden ist, stirbt Ahlefeldt; die Witwe schließt 1542 einen auf zwanzig Jahre befristeten Vergleich mit dem Grafen, und dieser führt das Verfahren nicht fort.<sup>40</sup> Später allerdings kommt es zu neuen und langandauernden Auseinandersetzungen, die auch wieder vor das RKG gelangen.<sup>41</sup>



Im Rückblick auf diese in erster Instanz vor das RKG gebrachten vierzehn Sachen stellt sich die Frage, welches Ergebnis der Gang dorthin für die Kläger hat, ob und in welchem Maße das hohe Ziel, „Friede durch Recht“ zu gewährleisten, erreicht wird. Zwar lassen Bischof und Domkapitel zu Ratzeburg (1), als sie 1533 nach mehr als zwei Jahren noch immer nicht die Vollstreckung ihres erlangten Urteils haben erreichen können, durch ihren Prokurator vortragen, es sei *im hailligen reich schympflich zu horen, das einer zu seinem erlangten rechten auch am kay. chambergericht, da doch die hochst im reich rechtlich hilff sein soll, in so lang zeit nit komen soll mogen*; als Folge dessen gehe jetzt *in der landts artt Nyddersachsen und darumb ein gemeyn geschrey und sag, wie am tag und bewißlich, daß die kay. und des Chambergerichts brieff nit besser noch krefftiger dann des babst, man gebe uff beide nichts mehr*.<sup>42</sup> Aber am Ende, wenngleich erst nach jahrelangem Kampf, der die Ratzeburger Geistlichkeit an den Rand des Ruins bringt, sind es dann doch die Urteile des RKG, die das Bistum Ratzeburg mit seinem Besitz wiederherstellen und als eigenständiges Glied des Reiches erhalten, so daß es trotz noch mancher späterer Auseinandersetzungen als besonderer Reichsstand bis 1648 und letztlich als besonderes Fürstentum innerhalb des Großherzogtums Mecklenburg bis 1918 fortbestehen kann. Gleichfalls erreicht die münstersche Sache ihren Zweck (4), freilich weniger durch das Urteil des RKG als vielmehr schon durch Lübecks sofortiges Eingreifen; immerhin aber bewirkt erst das Urteil die abschließende Bereinigung mit dem Verbot des Lösegeldes. Auch des Kammerboten Konrad Warendorf Klage (12) kommt zum Ziel – aber erst nach drei Jahrzehnten, lange nach seinem Tod, so daß der Erfolg sich fast ins Gegenteil verkehrt. Ohne Erfolg bleiben die Klage gegen Dithmarschen (11), gegen den Erzbischof von Bremen (6) und alle vier Klagen gegen Holstein (7-10). Nicht gewiß ist der Ausgang der bremischen Sache (5). Vermutlich ist sie ebenso durch Vergleich beigelegt worden wie die wegen der Sülzrenten (13) und die schauenburgische Sache (14), und dazu wird ebenso wie in der Pentzischen (2) und mehr noch der Hudenbergischen Sache (3) jeweils auch schon die bloße Tatsache der Hinwendung an das RKG beigetragen haben. In diesen beiden und auch wohl in der schauenburgischen Sache (2, 3, 14) zeigt sich, daß der Kläger ungeachtet von Anfang an zweifelhafter Zuständigkeit des RKG dieses dem Gericht des betreffenden Landesherrn vorzieht, gegenüber dessen Macht oder Unparteilichkeit er Vorbehalte haben mag.

Konrad Warendorfs Geldforderung (12) und Dietrich v. Hudenberges Kündungsverlangen (3) sind Privatangelegenheiten. Die anderen zwölf Sachen (1-2, 4-11, 13-14) haben ihren Platz in politischen Auseinandersetzungen. Der Gang vor das RKG stellt da nur einen von vielen denkbaren Schritten dar. Die Möglichkeiten des Erfolgs können von vorn herein begrenzt sein, politische Konflikte sind gerichtlicher Lösung nicht allemal zugänglich. Herzog Magnus von Sachsen-Lauenburg, der als Kläger und Beklagter häufiger als alle anderen vor dem RKG begegnet, sieht seine verschiedenen Prozesse offenbar nicht so sehr als einzelne Rechts-sachen, die je ihre besonderen Bedingungen haben, als vielmehr im Zusammen-



hang, und zwar in einem politischen Zusammenhang, wenn er sich gegenüber dem Kammerichter bitter beklagt, daß einerseits die Sachen der ratzeburgischen und der münsterschen Pfaffen (1, 4) gegen ihn *so geschwind* betrieben werden, andererseits aber er in seiner hadelnschen und in seiner Kanalsache (6-7) keine Hilfe erhält: man wolle ihn und seine Kinder *gründlich verderben und mit der Wurzel ausreißen*.<sup>43</sup> Christian II. (8) wird nicht angenommen haben, das RKG könne ihm seine Reiche zurückgeben; aber er tut einen weiteren Schachzug im verwickelten politischen Spiel, und darin könnte ein Urteil des RKG möglicherweise nützlich sein. Sehr deutlich treten die Zusammenhänge bei Bischof und Domkapitel zu Lübeck (9) hervor, weil dort die internen Aufzeichnungen einer Partei die allmähliche Meinungsbildung und die im immer wieder sich verändernden Gesamtzusammenhang immer wieder neue Erwägung des jeweils nächsten Schrittes erkennen lassen. In ähnlicher Weise beleuchtet der Schriftwechsel des Herzogs Magnus von Lauenburg mit seinen Beratern, Prokuratoren und Sollicitatoren auch die am RKG und namentlich im Extrajudizialstadium gebräuchlichen Praktiken.

Das Hamburger Domkapitel (11) sucht den Verlust seiner Rechte in Dithmarschen als eine Auswirkung der Reformation darzustellen, trachtet sogar eine Verbindung mit dem Bauernkrieg nahezulegen<sup>44</sup> und findet damit beim RKG durchaus die gewünschte Beachtung; der Referent vermerkt am Rande: *in der beuerschen enbörrung die turbation erst angefangen*. Aber den Tatsachen entspricht das nicht. Erst später wird im Verfahren der in den Jahren 1529-1532 vollzogene Übergang Dithmarschens zur Reformation spürbar<sup>45</sup> (wenn man allenfalls von Hamburg aus auch schon früher mag erste Anzeichen dafür haben wittern können), und vollends eine Beziehung zum Bauernkrieg hat offenbar nicht bestanden. Das Verfahren gehört nicht in die Gruppe der vor dem RKG geführten Reformations- oder Religionsprozesse. Ebenso wenig die Verfahren von Bischof und Domkapitel zu Ratzeburg gegen den Herzog von Sachsen-Lauenburg (1): auch deren Wurzeln reichen weit in die Zeit vor der Reformation zurück; ob es allenfalls im späteren Verlauf Anzeichen für ein Einwirken reformatorischen Denkens gibt, bliebe zu prüfen. Unzweifelhaft ist aber solches Einwirken, auch wenn es unausgesprochen bleibt, bei den Klagen wegen der 1526 in Holstein geforderten, in ihrem Ursprung freilich ebenfalls politisch bedingten Sondersteuer (9-10) und wegen der 1532 geforderten Steuer von den Lüneburger Sülzrenten (13). Eigentliche, von vorn herein und ausdrücklich wegen der Reformation geführte Religionsprozesse werden aus Schleswig-Holstein nicht vor das RKG gebracht (aber aus Hamburg gehören dahin die beiden Verfahren, die das Domkapitel 1529 und 1530 gegen die Stadt anstrengt<sup>46</sup>).

Meistens folgt die Klage auf bereits geschehene (1-6, 8, 11) oder unmittelbar befürchtete (9-10) Ausübung von Gewalt, soll diese beenden und den Streit in friedliche und rechtliche Bahnen lenken; einmal (10) und beinahe noch ein zweites Mal (9) ruft jedoch gerade die Klage neue Gewaltausübung hervor. Nur die Auseinandersetzungen um den Kanalbau (7), um die Besteuerung der Sülzrenten (13) und um die Eindeichung an der Elbe (14) werden von Anfang bis Ende ohne Anwen-



dung von Gewalt nur prozessualisch vor dem RKG geführt. Die jeweils schwächere Partei muß, das ist nur natürlich, stets darauf bedacht sein, daß Streitigkeiten mit rechtlichen Mitteln ausgetragen und „Friede durch Recht“ vom RKG wenn es sein muß nachträglich wiederhergestellt, möglichst aber von vorn herein überhaupt bewahrt wird. Auch in den nächsten Jahren nach dem hier betrachteten Zeitraum scheinen die neu eröffneten erstinstanzlichen Verfahren – von 1548 bis 1560 sind es 14 – meistens auf vorangegangene Gewaltausübung zu antworten.

### Verfahren in letzter Instanz

In mancherlei Hinsicht anders kann sich die Entscheidung für oder gegen den Gang zum RKG darstellen, wenn dieses in letzter Instanz tätig werden soll, bei Appellationen gegen Endurteile der obersten Gerichte von Reichsunmittelbaren. Auch die Erfahrungen, die dabei gemacht werden, sind andere, und in Schleswig-Holstein jedenfalls gewinnen sie größere Bedeutung für das Land. Dort wird solche Berufung, soweit wir wissen, in den fünfzig Jahren von 1495 bis 1544 fünfmal eingelegt, und zwar alle fünf Male im Herzogtum Holstein. Sie richtet sich gegen Entscheidungen, die der Landesherr in regelloser Folge, meistens im Zusammenhang mit dem Landtag beider Herzogtümer, *in sittendem gerichtes stull in bywesen der gantzen landtschop*,<sup>47</sup> vor Bischöfen, Prälaten, Räten, Mannen und Städten absagen läßt; man spricht von Landtag, Rechtstag, Landrechtstag, Landgericht; die förmliche Unterscheidung von Landtag und Landgericht ist noch nicht eingetreten. In allen fünf Sachen ist der Landesherr die erste, das RKG also zweite und letzte Instanz.

1. Schon 1499, nur vier Jahre nach Einsetzung des RKG, wird zum erstenmal aus Holstein dorthin appelliert. Der Verlauf dieser ältesten Sache soll hier etwas genauer betrachtet werden. Der Sachverhalt: Der Besitzer des Lehngutes Lanken stirbt 1485 kinderlos. Das Gut ist Leibzucht (*vitalicium*) der Witwe, sie hat den Nießbrauch auf Lebenszeit. Aber sie verkauft das Gut an Hans Rantzau, Sohn eines Bruders ihres Mannes, und dieser erwirbt von seinem Bruder sowie von den Söhnen eines weiteren Bruders des Verstorbenen deren Miterbrecht; aber er bestreitet ein Miterbrecht des Halbbruders des Verstorbenen, obwohl dieser beim Tod zweier früher gestorbener Brüder seinen Anteil erhalten hat. Dagegen klagen die Söhne des Halbbruders, Joachim Rantzau zu Ascheberg und Ove Rantzau zu Rastorf; immerhin geht es um den dritten Teil eines großen Gutes mit Haupthof, neun Dörfern und etwa 70 Bauern.<sup>48</sup> Zur Entscheidung stehen die Rechtsfragen:

- Haben in Holstein Vollbrüder und Halbbrüder gleiches Erbrecht?
- Treten die Söhne des Halbbruders als Erben an ihres Vaters Stelle?
- Gilt in Eigengut und Lehngut gleiches Erbrecht?
- Darf die Witwe das ihr zum Nießbrauch verschriebene Gut verkaufen?

Auf dem Landtag zu Rendsburg wird die Sache am 1. Dezember 1499 verhandelt. Joachim und Ove Rantzau tragen ihre Klage vor, ihre Zeugen leisten den Eid in die Hand des Königs (der jetzt zusammen mit seinem Bruder dem Herzog Landesherr



ist) und bekunden die in Holstein geltende Gewohnheit. Am nächsten Tag wird weiter verhandelt und dann das Urteil gesprochen: „Die Witwe soll die ihr verschriebene Leibzucht genießen.“ Das aber hatten die Kläger ihr ausdrücklich nicht streitig gemacht. Vom eigentlichen Streitpunkt im Urteil kein Wort – jedenfalls so wie es die Kläger in ihrer Appellationsschrift wiedergeben. Denn der Anwalt der Kläger appelliert an König Maximilian und das Gericht des Römischen Reiches, mündlich sofort in Rendsburg, schriftlich fünf Tage danach in Lübeck. Die Appellation wird den Landesherren zugestellt, sie geben ihr statt und verweisen, in Ehrerbietung vor Reich und Reichsgericht, die Sache zu reiferer Entscheidung dorthin. Auch der Witwe und Hans Rantzau wird die Appellation zugestellt.

Als in Rendsburg am 2. Dezember 1499 die Landesherren das Urteil absagen lassen, sind sie bereits im Aufbruch begriffen: gerüstet, gestieft und gespornt. Alle Kräfte und alle Gedanken sind auf den Feldzug zur Unterwerfung Dithmarschens gerichtet, ein großes Heer wird in Holstein zusammengezogen, am 11. Februar 1500 marschiert es in Dithmarschen ein, und am 17. Februar erleidet es in der Schlacht bei Hemmingstedt eine vernichtende Niederlage; fast ein Drittel des im Heer befindlichen holsteinischen Adels findet den Tod. Auch die Kläger Joachim und Ove Rantzau kommen nicht zurück. Ihre Söhne sind unmündig bis auf einen, Klaus Rantzau zu Ascheberg; er wird Vormund der anderen und betreibt die Appellation weiter.

Allerdings, das kann man während der Verhandlung in Rendsburg noch nicht wissen, hat das RKG in Worms eben in jenen Tagen sich aufgelöst. Die Appellation geht an den König, und seine Kanzlei erläßt im Sept. 1500 aus Augsburg die Ladung zum Erscheinen im Gericht vor dem König, oder wem er das an seiner statt befehlen wird, wo er dann im Reich sein wird, am 36. Tag nach Zustellung.<sup>49</sup> Die erfolgt nach drei Wochen durch den königlichen Kammergerichtsboten an Hans und an die Witwe, in Lübeck, wo sie wohnt und er sich gerade aufhält.

Die Zweitschrift der Ladung mit der Bescheinigung des Kammerboten über den Vollzug der Zustellung geht an den von Klaus Rantzau bevollmächtigten Prokurator zurück. Um tätig werden zu können, braucht er die Akten der vorigen Instanz. Er erwirkt, wieder in der königlichen Kanzlei, jetzt in Nürnberg, Befehl an die vorigen Richter, König und Herzog, zur Herausgabe beglaubigter Abschriften über den Verlauf des Verfahrens mit Klage, Antwort, Urteil und vorgelegten Urkunden. Diese „Zwangsbriefe“ werden im Januar 1501 ausgefertigt, zunächst in gewöhnlicher Form (*compulsoriales generales*), und als nach einigen Wochen nichts eingegangen ist, auf erneuten Antrag des Prokurators noch einmal und nun mit Strafanordnung (*compulsoriales penales*).

Am 19. März 1501 nimmt das RKG seine Tätigkeit in Nürnberg wieder auf. Schon eine Woche danach, am 26., ist der erste Termin in dieser Sache. Jetzt tritt sie aus dem bisherigen Extradjudizialstadium in das eigentliche Judizialverfahren ein. Klaus' Prokurator legt die Ladung mit dem Zustellungsvermerk, Vollmachten und Appellationsschrift vor; aber zur Sache verhandeln und seine Klage vorbringen kann er nicht, weil er trotz zweimaliger Zwangsbriefe die Vorakten nicht hat.



Er fragt den gegnerischen Prokurator, ob er Akten habe, und erbietet sich, die halben Kosten zu übernehmen. Der aber sagt, er habe keine Akten – und er brauche auch keine: er nämlich verlangt lediglich Entbindung von der Klage und Erstattung der Kosten; wer klagt, so tadelt er, solle auch in der Lage sein zu verhandeln. Das wiederholt sich mehrfach, bis im Dez. 1501 das RKG erneut seine Tätigkeit einstellt.

In Holstein können unterdessen die Zwangsbriefe nicht zugestellt werden. Die Fürsten sind nicht im Lande, es gibt Kriegsläufe in Schweden. Erst im Oktober 1501 kann Klaus Rantzau dem Herzog, erst im März 1502 dem König die Zwangsbriefe vorlegen und Abschriften von Akten und Urteil fordern. König und Herzog erwidern übereinstimmend, *se talem sententiam memorie non habere atque oblivioni tradidisse* – sein fürstl. gnad hab der ergangen handlung und gesprochener urteil nit mer wissen, sunder die vergessen. Aber der König fragt den gerade anwesenden herzoglichen Rat Otto Rantzau Ritter, ob er etwa davon wisse. Der bejaht, und der König befiehlt ihm, Kanzler oder Sekretär zu unterrichten und darüber eine Urkunde unter seinem und des Herzogs Siegel ausfertigen zu lassen. Das geschieht gleich am nächsten Tag, in der gewöhnlichen Form des Urteilbriefs, mit dem Schlußvermerk: *Ad relationem domini Ottonis Rantzowen militis*: buchstäblich richtig, hier aber irreführend; denn Otto hat ja nicht seinerzeit die Rechtssache vorgetragen und den Entscheidungsvorschlag gemacht, sondern nur nachträglich jetzt davon berichtet. Klage und Antwort werden knapp wiedergegeben; die Witwe sei bereits nach ihres Mannes Tod gerichtlich belangt, aber das Gut ihr auf Lebenszeit zugesprochen worden; Hans Rantzau habe es inne gegen jährliche Zahlung an sie (also nicht durch Kauf); daher das Urteil: Hans Rantzau sei, solange die Witwe lebe, ihrer Leibzucht halber den Klägern zu rechtlicher Antwort nicht verpflichtet.

So sehr sich die Angaben des Urteilbriefs von denen der Appellationsschrift zu unterscheiden scheinen, so widersprechen beide einander doch nicht; beide wirken glaubwürdig und machen, sich gegenseitig ergänzend, das in Rendsburg

---

Am 26. März 1501 werden dem eine Woche vorher in Nürnberg wiedereröffneten RKG durch den Prokurator Dr. Johannes Rechlinger vorgelegt: eine Ladung, erlassen Augsburg 1500 Sept. 6 und zugestellt Lübeck 1500 Sept. 28; drei Vollmachten, ausgestellt Rendsburg 1499 Nov. 30 sowie Schloß Gottorf 1500 Dez. 16; eine Appellationsschrift, beurkundet Lübeck 1499 Dez. 7 und zugestellt Schloß Gottorf 1499 Dez. 20, [Lübeck] 1499 Dez. 30, Hadersleben 1501 Jan. 3, Lanken und Gikau 1501 Jan. 5. Damit ist das bisherige Extrajudizialverfahren *Rantzau gegen Rantzau* abgeschlossen und das eigentliche Judizialverfahren eröffnet; das RKG legt dafür einen besonderen Aktenband an, der (oben links) das Aktenzeichen *R 4* erhält. Nach Aufhebung des RKG 1806 wird um die Mitte des 19. Jahrhunderts bei Anlage des Generalrepertoriums ein Zettel mit der Lokatur *Gefach 618* und der nunmehrigen Signatur *R 365* aufgeklebt und darauf auch die künftige Auslieferung des Aktenbandes an *Holstein* vermerkt. Der Zettel verdeckt den Hinweis auf die eingereichten Aktenstücke 2 – 4; diese Verweisziffern sind hier noch nicht, wie es wenig später üblich wird, in Quadrangeln eingeschlossen. Über dem Zettel ist die nachher in dem 1871 errichteten Preußischen Staatsarchiv Schleswig vergebene Signatur *A I 338* notiert.







gesprochene Urteil erst verständlich. Die Auseinandersetzung beginnt also nicht erst 1499, sondern gleich als 1485 die Witwe ihren Mann verliert. Das damals gesprochene Urteil wird 1499 lediglich wiederholt – oder auch nur stillschweigend als gültig vorausgesetzt: so würde sich am ehesten die Formulierung der Appellationsschrift erklären – und insofern der Witwe ihre Leibzucht noch einmal bestätigt; das Gericht geht nicht von dem behaupteten Verkauf des Gutes aus, sondern von der dagegen eingewendeten bloß entgeltlichen Überlassung zur Nutzung, und deshalb betrachtet es, solange die Witwe lebt, eine neue Entscheidung nicht als nötig. Die Appellationsschrift stellt die Sache zwar buchstäblich richtig dar, aber so verkürzt, daß das Rendsburger Urteil befremdlich, ja unverständlich erscheinen muß.

Ein Jahr später, im April 1503, wird das RKG in Regensburg wieder eröffnet. Jetzt kann Klaus' Prokurator Notariatsinstrumente über die zunächst nicht mögliche, dann aber doch vollzogene Zustellung der Zwangsbriefe sowie den Urteilbrief vorlegen und damit nachweisen, daß er und seine Partei sich hinreichend um die Beschaffung der Vorakten bemüht haben, also nicht säumig geworden sind. Aber alle Mühe ist vergeblich geblieben. Schon als Klaus von den Landesherrn die Herausgabe der Akten fordert, setzt er hinzu, „wenn welche geführt worden sind“ (*acta actitata in presenti causa, si que sunt facta*). Was da noch als bloßer Zweifel erscheinen kann, wird jetzt vom Prokurator offen ausgesprochen: *Hat der konig nit acta aufschreiben lassen, kunth keine geben*. Denn den Urteilbrief, ausgestellt erst nachträglich, 2½ Jahre nach der Verhandlung, will der Prokurator weder formal noch inhaltlich als Akten anerkennen. Formal nicht, weil es *ein ganz unformlicher schlechter brief, als solten solichs acta sein, darin ganz kein formliche handlung, noch die zeit der urteil begriffen wert; mag auch daraus ganz kein verstantnus ergangener handlung genomen noch einich appellation, klag und anders verfaßt werden*. Und inhaltlich will er den Urteilbrief nicht anerkennen, weil er nicht auf dem Wissen von König, Herzog, Richtern, Räten oder Kanzler beruhe, sondern auf bloßem Hörensagen, eben auf dem nachträglichem Bericht des Otto Rantzau: der aber sei in der Sache nicht Richter gewesen und sei außerdem mit der Gegenpartei verbunden, nämlich ein Bruder des Beklagten Hans Rantzau. (Der Rat übrigens, der seinerzeit in Rendsburg das Urteil abgesagt hat, Klaus Krummendiek, ist bei Hemmingstedt gefallen.)

---

Am 7. Oktober 1501 überreicht auf dem Hof Deutsch Nienhof Klaus Rantzau zu Ascheberg dem Herzog Friedrich von Schleswig und Holstein den gemeinsam an ihn und seinen Bruder König Johann von Dänemark gerichteten Zwangsbrief [von 1501 Jan. 22] sowie einen ebenfalls an beide gemeinsam gerichteten geschlossenen Brief [von 1501 Febr.] des RKG. Der Herzog lehnt, da sein Bruder der König abwesend sei, die Annahme des geschlossenen Briefes ab, nimmt aber den offenen Zwangsbrief an und erwidert auf Klaus Rantzaus Forderung nach Herausgabe von Akten und Urteil in seiner Rechtssache gegen Hans und Katharina Rantzau, er habe dieses Urteil nicht in Erinnerung, sondern vergessen. Klaus Rantzau läßt darüber durch den Notar Nikolaus Duncker, Kleriker Lübecker Diözese [Kanoniker zu Eutin, Vikar zu Lübeck], ein Notariatsinstrument ausstellen.







In dieser Lage, ohne Akten, sagt der Prokurator, sei es unmöglich, die Sache zu führen: durch Versäumnis nicht der Appellanten, *sunder durch die richter voriger instanz, der acta halber, verhindert*. Er zitiert die auf Papst Innozenz III. und das Laterankonzil 1215 zurückgehende Vorschrift der Dekretalen (X 2,19,11) über die Pflicht des Richters, den Gang des Verfahrens in allen seinen Schritten genau schriftlich festzuhalten; versäumt er das, dann soll ihm – und das bedeutet hier: dann soll dem nachträglich ausgestellten Urteilbrief – nicht weiter Glauben geschenkt werden als sich anderweitig erhärten läßt. Damit nun die Appellanten nicht rechtlos gelassen werden, *auch in ansehung, das nach vermug der recht acta nit allein per scripturam autenticam, sed eciam per confessionem partis vel per testes vel alio modo bewiesen sollen und mügen werden*, solle der Bischof von Ratzeburg zum Kommissar bestellt und beauftragt werden, die Gegenpartei über die Klage zu vernehmen und, soweit sie verneint würde, durch Zeugen und Urkunden Beweis zu erheben.

Die Gegenpartei widerspricht, weist auch die Einwände gegen den Urteilbrief zurück; der Appellant habe die eingetretene Verzögerung schuldhaft verursacht, er hätte sich vor Ausbringung der Ladung um die Akten kümmern und seine Handlungsfähigkeit sicherstellen sollen. Deshalb von neuem die Forderung nach Erstattung der bisher entstandenen Kosten und Entbindung von der Klage.

*Iudex videbit acta*, heißt es danach im Prozeßprotokoll des RKG, und nach drei Wochen gibt es ein Zwischenurteil, im Februar 1504: Die Kostenerstattung wird bewilligt, die Entbindung von der Klage aber nicht; von Einsetzung einer Kommission ist nicht die Rede.

Kurz danach tritt erneut ein Stillstand des RKG ein, diesmal für mehr als drei Jahre. Nach der Wiedereröffnung, im Dezember 1507 in Regensburg, werden alsbald neue Termine gehalten. Klaus' Prokurator fordert Verurteilung des Gegners zur Herausgabe der Akten gegen Erstattung der halben Kosten<sup>50</sup> und zum Eingehen auf die Sache, und jetzt endlich legt er auch seine Klage vor, gegliedert in 64 Artikel, mehr ins einzelne gehend und mit genaueren Tatsachenangaben als vorher, auch vielfach mit gemeinrechtlichen, lateinisch angeführten Argumenten unterfüttert. Darauf solle der Bischof von Ratzeburg die Gegenpartei antworten lassen und gegebenenfalls Zeugen vernehmen und Urkunden heranziehen. *Videantur acta*, schreibt danach wieder das Prozeßprotokoll. Also soll ein weiteres Urteil folgen, nach Lage der Dinge wieder ein bloßes Zwischenurteil. Aber Protokoll und Akten enden hier, mit dem zwölften in dieser Sache gehaltenen Termin. Sie geben keinen Hinweis darauf, ob tatsächlich ein Urteil gesprochen wird. Die einzige Möglichkeit, das vielleicht doch feststellen zu können, bieten die fünf großen Folianten, in denen Raphael Seyler und Christian Barth die Urteile des RKG aus den Jahren 1495-1587 zum Druck gebracht haben, in zwar nicht lückenloser aber doch annähernder Vollständigkeit. Allerdings werden da die Namen der Parteien und ihrer Wohnorte nur durch Anfangsbuchstaben wiedergegeben und diese noch zusätzlich verfremdet; aber das geschieht nicht willkürlich, sondern nach



einem bestimmten System, auch werden die Namen der Prokuratoren nicht verkürzt: so bleibt durchaus die Möglichkeit, nach Urteilen in einem bestimmten Prozeß zu suchen.<sup>51</sup> Mehrfach haben sich in den bisher betrachteten Verfahren nur auf diese Weise Urteile ermitteln lassen, auf die in Protokoll und Akten keinerlei Hinweis steht.<sup>52</sup> In diesem Falle aber führt die Suche nicht zum Ziel, ein einschlägiges Urteil ist nicht nachzuweisen.<sup>53</sup> Das Verfahren wird nicht weitergeführt. Ob Klaus Rantzau die Hoffnung auf Erfolg verloren und die Sache aufgegeben hat, oder ob er sich mit Hans Rantzau außergerichtlich verglichen hat, erfahren wir nicht. Sicher ist nur, daß Hans Rantzau im Besitz des Gutes Lanken bleibt; er verlegt den Haupthof, erbaut ihn neu und nennt ihn dann Neuhaus.<sup>54</sup>

Das Verfahren vor dem RKG bleibt also in Formalien stecken, zur Streitbefestigung und zur Verhandlung über die Sache kommt es nicht. Das liegt nicht am RKG. Die Appellation scheitert am Fehlen der Vorakten. Die Verhandlung auf dem Rendsburger Landtag 1499 wird mündlich geführt, das Vorbringen von Parteien und Zeugen nicht protokolliert. Aktenführung darüber, wie im römisch-kanonischen Prozeß gewöhnlich, ist in Holstein nicht üblich. Das bedeutet nicht, daß es dort im Gericht überhaupt keine Schriftlichkeit gäbe. Gerichtszeugnisse werden namentlich in Schleswig häufig ausgestellt – „Dingswinden“. In Holstein sind Urteilbriefe vielleicht weniger häufig, aber doch durchaus gebräuchlich. So liegt aus dem Vorjahr, 1498, ein Urteilbrief in einer anderen Sache gegen denselben Hans Rantzau zu Lanken vor,<sup>55</sup> unter den Siegeln beider Fürsten und namentlicher Nennung der fünf urteilenden Räte, mit Bericht über Klage und Antwort und dann dem Wortlaut des Urteils. 1487 läßt der König seine Entscheidung über zwölf Klagepunkte zwischen einem Kloster und einem Adligen sogleich *in schriftten uthspreken*,<sup>56</sup> vermutlich doch auf Verlangen der Parteien, namentlich des Klosters.

Daß in unserem Falle, 1499 in Rendsburg, ein Urteilbrief nicht verlangt worden sei, ist schwer vorstellbar. Am Abend vor der Verhandlung bestellen die Kläger Joachim und Ove Rantzau einen Prokurator: Magister Hinrich Sirow, aus Salzwedel stammend, nicht mehr ganz jung, 1481-1484 in Rom im Hofstaat des Papstes bezeugt, dessen Stallmeister, und so in der Lage, sich mit weiteren Pfründen versorgen zu lassen, Propst der Kollegiatkirche St. Andreae in Verden, auch Vikar an St. Marien in Lübeck und jetzt dort wohnhaft; er ist Lizentiat im Kirchenrecht, also jedenfalls ein erfahrener Jurist.<sup>57</sup> Sicherlich geht die für ihn ausgestellte Prozeßvollmacht auf ihn selbst zurück, wie überhaupt alle zehn Beurkundungen, die 1499-1502 in Holstein für die Appellanten gefertigt werden: sämtlich förmliche Notariatsinstrumente, lateinisch, in der wortreich umständlichen und rechtlich ausgefeilten, alle nur irgend denkbaren Fälle nach Möglichkeit ausdrücklich einschließenden Gestalt, wie sie im schriftlich geführten römisch-kanonischen Prozeß seit langem üblich sind.

Sirows Vollmacht ist aber nicht auf die Verhandlung vor den Fürsten auf dem Landtag gerichtet. Sie folgt zwar dem gängigen Formular, das die Befugnisse des Prokurators in langer Reihe einzeln aufzählt.<sup>58</sup> Aber sie übernimmt aus dieser Vor-



lage nicht dasjenige, was die Prozeßführung betrifft, sondern beginnt erst danach mit der Befugnis, von den Fürsten das Urteil zu fordern, es anzuhören, davon an andere Richter und anderes Gericht zu appellieren und dann die Appellation zu verfolgen. Diese kann nach Lage der Dinge nur vor König und RKG gehen. Die Kläger fassen also die Möglichkeit der Appellation dorthin von vorn herein ins Auge und beschließen sie für den – vielleicht vorausgesehenen – Fall unerwünschten Ausgangs des Verfahrens schon im voraus. Für diesen Zweck und nur für ihn verpflichten sie Hinrich Sirow, in seinem Hause in Lübeck wird dann die Appellationsschrift vor Notar und Zeugen ausgefertigt. Auf dem Landtag dagegen vor den Fürsten führen sie ihre Sache entweder selbst oder durch einen anderen.

Um eine Appellation zu betreiben, braucht man den Rat eines erfahrenen Rechtskundigen, der die Vorgehensweisen kennt, der auch Beziehung zum RKG hat und dort tätige Prokuratoren weiß, die dann mit Vollmacht versehen und weiterhin von ihm in der Sache unterrichtet werden können. Solche Leute findet man am ehesten in den großen Städten. Die Kläger also in Lübeck. Der Beklagte Hans Rantzau erhält die nötige Hilfe in Hamburg, und zwar unmittelbar vom Rat - zu dem er bei Wahrnehmung landesherrlicher Aufträge Beziehungen gewonnen haben mag; er ist königlicher Rat, Amtmann zu Hadersleben, derzeit der größte Gutsherr in Holstein -; der Rat beurkundet für ihn die Vollmacht und richtet sie auf gleich zwei beim RKG tätige Prokuratoren: klüglich, denn tatsächlich ist der eine bereits von der Gegenseite verpflichtet. Ganz Vorsichtige bevollmächtigen in solchem Falle vorsorglich sogar fünf oder vollends gleich zehn Prokuratoren,<sup>59</sup> von denen dann doch wohl einer die Sache tatsächlich wird übernehmen können.

Ein Mann wie Sirow muß sich darüber klar sein, daß eine Appellation ganz ohne Akten schwerlich auszuführen sein werde. Wenn dennoch in Rendsburg kein Urteilbrief ausgefertigt wird, dann mag sich das am ehesten aus der besonderen politischen Lage erklären, aus dem bevorstehenden Feldzug gegen Dithmarschen. Als die Fürsten das Urteil absagen lassen, sind sie im Begriff abzureiten, sie sitzen nicht mehr auf dem Richterstuhl, wie es dem Richter ziemt, sondern stehen, die Rüstung angelegt, mit Stiefeln und Sporen; Räte, Mannen, *pares curie* sind nicht mehr (später heißt es: nur noch in geringer Zahl) zugegen; das Urteil wird nicht schriftlich verfaßt: Rechtsform und Gerichtsordnung, sagt daher Sirow in der Appellationsschrift, sind mißachtet, das Verfahren ist nichtig.<sup>60</sup>

Auch Joachim und Ove Rantzau, die beiden Appellanten, sind offenbar von den Kriegsvorbereitungen so sehr in Anspruch genommen, daß sie ihre Appellation über die Zustellung an Landesherren und Beklagte hinaus nicht mehr weiter fördern können. Nach der Schlacht, nach ihrem Tod, ist zunächst gewiß anderes drängender. Aber auch dann bemüht man sich anscheinend nicht um Ausfertigung eines Urteilbriefes; allerdings wäre er schwer zu erlangen gewesen, da die Fürsten nicht mehr im Lande sind.

Die RKG-Ordnung von 1495 spricht noch nicht von der Auslieferung der Vorakten. Aber gleich in den ersten Jahren zeigt die Erfahrung, daß ohne solche die Behand-



lung von Appellationssachen *nicht wohl möglich, sondern schwer* ist, und die neue seit spätestens 1499 angewendete, im September 1500 förmlich erlassene RKG-Ordnung verfügt die Auslieferung und den Erlaß diesbezüglicher Zwangsbriefe an die Vorderrichter.<sup>61</sup> Als die Rantzausche Sache ans RKG gelangt, liegt diese Bestimmung bereits vor, und der Prokurator der Appellanten richtet sich danach, erwirkt Zwangsbriefe alsbald, noch von der königlichen Kanzlei und vor Wiedereröffnung des RKG, noch im Extrajudizial- und vor Beginn des eigentlichen Verfahrens.

Die Prokuratoren beider Seiten stimmen darin überein, daß ohne Vorakten keine Verhandlung geführt werden kann. So ist das natürliche Verhältnis ins Gegenteil verkehrt. Der Prokurator des Appellanten ist nicht handlungsfähig, nicht er treibt das Verfahren voran; vielmehr ist es der des Appellaten, der auf Beschleunigung drängt, kurze Termine verlangt, Vorlage der Klage fordert und stets von neuem seinen Antrag wiederholt: Abweisung der Klage, Kostenerstattung. Er hat leichtes Spiel, braucht sich auf die Sache nicht einzulassen.

Wie hätte ein Urteil des RKG ausfallen können? Die Edition seiner Urteile von Seyler und Barth läßt erkennen, wie es in jenen Jahren in vergleichbaren Sachen entschieden hat, und kann damit Hinweise geben. 1513: der Gang eines nicht schriftlich festgehaltenen Verfahrens erster Instanz soll von denen, die es wissen, pflichtgemäß aus der Erinnerung bekundet werden.<sup>62</sup> 1508: die für Straßburg behauptete örtliche Gewohnheit gleichen Erbrechts von Halbbrüdern mit Vollbrüdern soll durch Beweis erhärtet werden.<sup>63</sup> In der Rantzauschen Sache hätte beides durch die Einsetzung der vom Appellanten geforderten Kommission geschehen können. Der Prokurator des Appellaten rechnet damit und fragt schon vorsorglich bei seiner Partei an, ob der als Kommissar vorgeschlagene Bischof von Ratzeburg ihr genehm sein könne.

Da es zur Einsetzung der Kommission und zur Beweiserhebung und überhaupt zur Verhandlung in der Sache nicht kommt, beruht das, was in den Akten über Tatbestand und Rechtsfragen verlautet, nur auf den Angaben der Appellanten, ist mithin das Vorbringen einer Partei und noch nicht ohne weiteres als bewiesene und feststehende Tatsache anzusehen: daß nämlich in Holstein gleiches Erbrecht der Halbbrüder nicht nur beim Lehngut, sondern – abweichend vom Gemeinen Recht – auch beim Eigengut seit unvordenklicher Zeit üblicher Landesgebrauch sei. Immerhin sei dazu vermerkt: Als der Appellant Klaus Rantzau 1504 mit seinen Brüdern das väterliche Erbe teilt, erhält der Halbbruder anscheinend halb so viel wie der Vollbruder;<sup>64</sup> als aber dieser Vollbruder stirbt, erhält 1550 gemäß Entscheidung von vier Schiedsleuten aus dem Adel der Halbbruder ebensoviel wie des Vollbruders Töchter zusammen, und so wird es 1557 vom Landgericht bestätigt und die nachträgliche, aus Kaiserlichem Recht und Sachsenspiegel hergeleitete Forderung eines Tochtersohns nach Ausschluß des Halbbruders verworfen.<sup>65</sup>

2. Nach 1499 vergehen mehr als drei Jahrzehnte, ehe in Holstein wieder an das RKG appelliert wird. Der Besitzer des Gutes Deutsch Nienhof (Haupthof,



- 47 Bauern) und eines Burglehens in Kiel fällt 1500 bei Hemmingstedt. Es geht
- um das Erbrecht des unmündigen Sohnes oder der Mutter mit ihrem zweiten Mann; und nach dem frühen Tod des Sohnes um das Erbrecht dieser selben oder des Dietrich Blome als des Sohnes des ebenfalls bei Hemmingstedt gefallenen Bruders des Erblassers;
  - um die Unterscheidung von Lehn- und Eigengut (in Holstein *Selgut* genannt), solches ist Deutsch Nienhof;
  - um die Unterscheidung von *altem Selgut*, das ererbt ist und nur der *Schwertseite* zufällt, und *neuem Selgut*, das wohl erworben ist und auch der *Spielseite* zukommen kann;
  - um die 1498 im Erbvertrag festgesetzte Bestimmung, das als Erbanteil aus Lehn- und ausgezahlte Geld und damit neuerworbenes Gut solle wieder Lehn- und der *Schwertseite* vorbehalten sein;
  - um die Übertragung von Geldern aus dem Herzogtum Schleswig ins Herzogtum Holstein, also aus dem *dänischen Recht* ins *Holstenrecht*.

Die Sache wird alsbald rechtshängig. Landesherrliche Urteile 1501 und 1525 und dann erneut auf dem Rendsburger Landtag 1533 weisen Dietrich Blomes Ansprüche ab. Er legt sofort Appellation an Kaiser und Kammergericht ein, sie wird zugelassen, und 1534 beginnt das Verfahren am RKG. Nun folgt das schon bekannte Spiel: Blomes Prokurator hat keine Akten, der Gegner fordert Abweisung der Klage und Kostenerstattung. Das RKG urteilt in seinem Sinne, als 1536, nach zwei Jahren, noch immer keine Akten vorgelegt sind: die Appellation ist gescheitert.

Gleichwohl reicht Blome ein Jahr später, 1537, Akten ein und sucht die Verspätung zu begründen. Die Zwangsbriefe zur Herausgabe, die sein Prokurator allerdings erst ein Jahr nach Verfahrensbeginn erwirkt, können nicht zugestellt werden, sondern bleiben in Lübeck bei Magister Johannes Tostede<sup>66</sup> liegen, dem Sekretär früher des Domkapitels und jetzt des Rates, der als Blomes Rechtsberater (*Sollizitator*) wirkt; denn Lübeck steht mit Holstein und Dänemark im Krieg (in der „Grafenfehde“); Blome selbst ist im Kriege, der Fürst nicht im Lande, sondern in Dänemark. Kein Kammerbote und kein Notar will sich zur Zustellung dahin versenden lassen, *tempore belli videlicet quando leges silent*; außerdem würde der Fürst sagen, die Akten lägen in Holstein. Und Blome kann sie nicht selbst vom Fürsten fordern aus Furcht um sein Leben (*propter iustum metum, qui cadit in constantem virum &c*): denn der Fürst hat *eine ungnade uff meine persone geworffen und also de hant von myr genamen*, daß er ihn täglich fordern lassen kann (den Grund verschweigt er: er hat einen doppelten Totschlag begangen).

Was Blome 1537 vorlegt, ist der übliche Urteilbrief, mit Wiedergabe der Klage und der Einlassungen beider Parteien und dem Wortlaut des Urteils, unter dem Siegel des Fürsten. Blomes Behauptung, erst jetzt hätten Freunde und Gönner ihm die Herausgabe des Briefes beim Fürsten erwirkt, und zwar nicht in Befolgung der Zwangsbriefe, sondern auf Grund der allgemeinen Vorschrift zur Auslieferung der



Vorakten in der RKG-Ordnung von 1527,<sup>67</sup> erscheint verwunderlich. Denn der Urteilbrief ist offenbar alsbald nach dem Urteil ausgefertigt worden,<sup>68</sup> daß der Fürst dieses *scrifflik* habe absagen lassen, erwähnt Blome früher selbst. Der Krieg bricht erst fünf Monate später aus; vorher könnte allenfalls Blomes Untat der Aushändigung im Wege gestanden haben.

Doch Blome will den Urteilbrief nicht als Vorakten anerkennen, und vielleicht ist auch das ein Grund dafür, daß er ihn zunächst nicht vorlegt. Zwar bezeichnet sein Prokurator, und ebenso der Schreiber im RKG, ihn als *Acta prioris instantie*. Aber Blome hebt den Unterschied hervor: Die Sache ist bisher nur auf den öffentlichen Landtagen behandelt worden, *und ist der gebrauch nitt, das die secretarien van allen clagen und anthwurten, rethen und widerrethen solthen schriffte halten und also acta zusamenschreiben, dewile solliche secretarien zum mereren taile nitt offenbare notarien, sonder cantzelleien-schreibers sein*. Er will seine Appellation nicht darauf gründen, wie im Urteilbrief Klage und Antworten wiedergegeben sind, *dewile das alles voranderth und so nicht angheschrieben also vorgetragen*.

Das RKG läßt sich auf dieses verspätete Vorbringen nicht ein und wiederholt sein früheres Urteil: Klagabweisung und Kostenerstattung. Darauf beantragt Blome Wiedereinsetzung in den früheren Stand: habe er doch eben *nicht acta, nur einen unvollkommenlichen nichtigen urtheyllbrieff* vom Fürsten erlangen können. Das RKG nimmt den Antrag an und verfügt entsprechende neue Ladung. Aber Blome läßt die Termine verstreichen, er kommt auch seinen Verpflichtungen nicht nach, der Sollizitator in Lübeck und der Prokurator in Speyer wollen nichts mehr mit seiner Sache zu tun haben, letzterer klagt auf Zahlung seines verdienten Lohns, der Gegner auf die ihm zuerkannte Kostenerstattung.

1540 werden *Executoriales* gegen Blome erlassen. Als der Kammerbote sich bei Blome auf dem Gut Seedorf melden läßt, schlagen dessen Diener mit ihren Schweinspießen auf ihn ein: *du bößwicht, du must sterben*; kaum kann er entkommen. Auf daß aber die Zustellung landkundig wird und damit Blomes Widerstand gegen Kaiser, Landfrieden und Kammerbotengeleit an den Tag kommt, gibt der Bote die Briefe in Flensburg dem König persönlich in die Hand. Neue Exekutorialbriefe, nun auf die Acht, werden 1541 nicht mehr persönlich zugestellt, sondern sogleich durch öffentlichen Anschlag bekanntgemacht, in Lübeck, Oldesloe, Segeberg, Schloß Gottorf, Flensburg, Itzehoe. Und überall wird dabei der Bote gewarnt: er solle sich vorsehen, daß Blome ihm nicht tue wie den Brüdern Ritzerau, die er in seinem Hause totsclug.

In Speyer beantragen der Gegner und der Fiskal, dieser wegen seines Anteils an der verwirkten Strafe, Blome in die Acht zu erklären. Nun heißt es, er habe an den Kammerrichter geschrieben und sich zum Vergleich erboten. Offenbar aber ohne Ergebnis; denn 1542 fordert der Gegner Wiederaufnahme des Verfahrens. Danach verlautet nichts mehr.<sup>69</sup>

Wieder kommt es vor dem RKG nicht zur Verhandlung in der Sache, und wieder ist das nicht Schuld des Gerichts, sondern wieder durch das Fehlen der Vorakten



bedingt. Dennoch ist eine Veränderung festzustellen. Zwar werden in Holstein im Gericht des Landesherrn auf dem Landtag nach wie vor keine förmlichen Akten und Protokolle geführt; aber, anders als 1499, gibt Blome jetzt 1533 seine Klage dort schriftlich ein, und im Urteilbrief werden Klage und Antwort, Hin- und Widerreden der Parteien und dann das Urteil mit seiner Begründung weit ausführlicher wiedergegeben als früher, er nähert sich einem Protokoll. Verwunderlich bleibt aber die Nachlässigkeit, mit der Blome seine Sache von Anfang an führt, immer wieder Termine verstreichen läßt und vor allem seine doch bereits vorliegende ausführliche Klagschrift und den zu Grunde liegenden Erbvertrag, aus denen erst deutlich wird, worum es eigentlich geht, nicht auch dem RKG vorlegt. Das tut, in anderem Zusammenhang, erst ein Enkel im Jahre 1616.<sup>70</sup>

3. Als Klaus Rantzau (der seit 1500 das zu Anfang betrachtete Verfahren um Lanken führt) ohne männliche Erben stirbt, bleiben sein Lehngut Ascheberg (Haupthof, fünf Dörfer, 41 Bauern) und das Burglehen zu Plön in der Hand der Witwe und zweier Töchter. Dagegen klagen Klaus' Bruder und Halbbruder: ihr 1504 im Erbvertrag ausgesprochener Verzicht habe sich nicht auch auf Töchter beziehen sollen, die Güter müßten bei dem Geschlecht bleiben. Aber, sagt die Gegenseite, im Erbvertrag haben sie *ewichlick und erflick* zugunsten von Klaus und seinen *lives erven* verzichtet, und nicht etwa nur für seine *lives lehens erven*. Auf dem Rendsburger Landtag wird 1542 gegen die Kläger entschieden, doch ihrer Appellation an das RKG stattgegeben. Dieses erklärt die sogleich vorgelegten *acta prioris instantie* – es ist der jetzt übliche ausführlich gefaßte Urteilbrief, aber ohne den Erbvertrag, auf den doch alles ankommt – als *nit volkomenlich, sonder mangelhafft*; vielmehr sollen *gantze volkomene acta aller und jeder handlungen, mit in vorleibung der vertreg auch brieflichen urkhunden und anderem, wes und sovil der angezogen sachen halb ... verhandelt*, herausgegeben werden.<sup>71</sup> Die Zwangsbriefe werden in Holstein zunächst nicht angenommen, weil sie dem Landesherrn seinen gebührenden Titel als König zu Dänemark vorenthalten; die Kläger bitten um schärferes Reskript, damit sie nicht genötigt werden, gegen ihren Landesherrn auf Verhängung der angedrohten Strafen vorzugehen. Dieser erläßt aber während des nun 1544 eintretenden Stillstandes des RKG wiederholt Befehl an die Witwe zur Vorlage des Erbvertrages. Sie gehorcht nicht und weiß 1547 sogar vom Kaiser eine Inhibition an das RKG zu erlangen, worin diesem die weitere Verfolgung der Sache verboten wird. Ein Kammerbote stellt die Inhibition auch dem Landesherrn zu; es wird deutlich, wie widerwillig dieser, der rechtlich denkende Christian III., sich fügt. Nach Wiedereröffnung des RKG 1548 betreiben die Kläger die Sache weiter und weisen darauf hin, daß ohne Vorlage des Erbvertrages – der ihnen anscheinend nicht zur Verfügung steht – *die acta nicht ergenzt werden können, weil in diesem Holsteinischen gerichte allein muntlich gehandelt und der brief und sigell als gerichtlich vorbracht nicht abschrift im gericht behalten &c.* 1551 ordnet das RKG die Vorlage des Erbvertrages an, 1553 geschieht sie, 1556 werden Zeugen vernommen, zum Urteil kommt es bis 1586 nicht, nicht einmal zur Eröffnung der Zeugenaussagen.<sup>72</sup>



4. Auf demselben Rendsburger Landtag im März 1542 gibt es eine weitere Appellation. Das Lehngut Schönweide (Haupt Hof erst im Aufbau, drei Dörfer, 23 Bauern) wird durch die Gläubiger des von seinem Bruder erschlagenen Jochim Rantzau mit Einwilligung des dritten Bruders 1530 an Johann Rantzau Ritter und durch diesen 1535 an Iven Reventlow Ritter verkauft. 1540 oder 1541 legt Otto Rantzau Beispruch ein: er ist ein näherer Vetter zum Gut. Zwar gibt es noch nähere Vettern, aber die sind ihre Gerechtigkeit vorbeigegangen, so ist sie auf ihn gewachsen; zwar hat er nicht wie Landrecht binnen Jahr und Tag beigesprochen, aber er ist derzeit minderjährig und außerhalb Landes (dient zu seiner Ausbildung als Junge bei den Grafen von Henneberg), spricht dann jedoch sogleich nach seiner Heimkunft bei, binnen Jahr und Tag, und versäumt also sein Recht nicht; zwar haben seine Brüder, die als seine Vormünder gelten, verzichtet, aber das bindet ihn als damals Minderjährigen nicht. Iven Reventlow schließt seine Einwendungen mit dem Hinweis, *wan die mindern jare in dissem fall gelten und zugelassen werden, so solten wenig kauff in dissen landen bey macht und wurden bleyben können oder mugen, man wurde alwege einen minderjerigen finden, und wurde so viele vorursachen, das kein man sein guth vorkauffen kunthe*. Das Landgericht hat gerade zwei Jahre vorher einen verspätet, erst nach Verstreichen von Jahr und Tag, und ohne Hinterlegung des zu erstattenden Kaufgeldes eingelegten Beispruch zurückgewiesen;<sup>73</sup> jetzt aber in diesem Fall stellt es auf die Minderjährigkeit ab und spricht Otto das Gut zu, sofern er mit elfen vom Adel, so gut wie er, vor seiner Kirchspielkirche durch Eid nach Landrecht bekräftigt, daß er sogleich bei Einlegung des Beispruchs Herrn Iven das Kaufgeld angeboten und nach dessen Ablehnung in versiegelter Lade beim Rat der Stadt Kiel hinterlegt hat. Der Eid wird geleistet: Otto steckt ein Schwert in die Erde, legt zwei Finger darauf und schwört, und so mit ihm die elf anderen.

Iven Reventlow appelliert an das RKG und legt den Urteilbrief vor; auch dieser ist ausführlich gefaßt. Das Verfahren zieht sich hin. Nach zwei Jahrzehnten wird von Kommissionen für beide Seiten Beweis erhoben. Als Zeugen werden nicht nur Adlige herangezogen, sondern auch Bürgermeister und Ratmannen in den Städten und sogar Bauern. Diese, Männer die selbst als Dingvögte in Ding und Recht mitwirken, machen deutlich, daß sie nur über die Rechtsgewohnheiten des Holstenlandrechts Auskunft geben können, aber nicht über die des Adels. 1575 verkündet das RKG seine Entscheidung, verwirft die Appellation und bestätigt das Rendsburger Urteil von 1542: Herausgabe des Gutes mit den Nutzungen seit Einlegung des Beispruchs und Erstattung der Gerichtskosten, dagegen Rückgabe des Kaufgeldes und Ersatz der Besserungen. Die Reventlows, inzwischen Herrn Ivens Söhne, suchen den Vollzug zu verschleppen – weder sie noch der Gegner solle das Ende der Sache erleben, sagen sie –, müssen aber nach weiterem Urteil im Exekutorialverfahren 1579 sich fügen: 49 Jahre nach dem angefochtenen ersten Verkauf, 37 Jahre nach Beginn des Rechtsstreits kann Otto Rantzau das Gut Schönweide übernehmen.<sup>74</sup>



5. Zwischen Frau Heilwig v. Ahlefeldt zu Heiligenstedten mit ihrem Sohn Jürgen und dem Kloster Itzehoe gibt es seit längerem allerlei nachbarliche Streitigkeiten in den beiderseitigen vielfach miteinander verschränkten Grundherrschaften. Ein Schiedsspruch und drei Urteile werden 1542 und 1543 vom Landesherrn verkündet. Frau Heilwig legt Appellation ein und macht sie anhängig, aber beides nicht innerhalb der vorgeschriebenen Fristen. Das RKG erläßt 1544 Ladung an das Kloster und zugleich Inhibition und Zwangsbriefe an den Landesherrn. Das Kloster übergibt die Urteilbriefe, *loco actorum, anstat der acten*, und will damit der in den Zwangsbriefen geforderten *reproduction actorum also gelept und genuegen gethan haben*; es handelt also nicht für sich, als Beklagter, sondern auf Veranlassung des Landesherrn. Noch im selben Jahr 1544 tritt der vierjährige Stillstand des RKG ein. Danach wird 1549 weiter verhandelt und 1550 entschieden: Das RKG nimmt die Sache nicht an und verurteilt Frau Heilwig zur Erstattung der Kosten. Deren Festsetzung zieht sich bis 1553 hin.<sup>75</sup>

Keine der fünf Appellationen, die in den Jahren 1499 bis 1544 aus Holstein an das RKG kommen, wird von Bürgern in den Städten anhängig gemacht oder gegen Bürger gerichtet. Der Rechtszug aus den nach Lübschem Recht lebenden holsteinischen Städten geht von jeher nach Lübeck. Im Jahre 1496 wird die Berufung dort hin durch landesherrliches Gebot untersagt und stattdessen ein neues, mit Bürgermeistern und Räten der Städte Kiel, Rendsburg, Itzehoe und Oldesloe besetztes Gericht begründet; was dieses einmal jährlich an feststehendem Termin nach Lübschem Recht über gescholtene Urteile der Städte entscheidet, soll als ausgehendes Recht angenommen werden, und dabei soll es bleiben. Ob es ein „Zufall“ ist, daß die Errichtung dieses Holsteinischen Vierstädtegerichts gleich im nächsten Jahr nach der des RKG geschieht, oder ob hier ein innerer Zusammenhang besteht, ob sie etwa geradezu eine Antwort darauf ist und zugleich mit der Abschaffung der Appellationen nach Lübeck, die bisher den Parteien Mühe und Kosten verursacht hätten, künftig auch etwaigen Appellationen aus den holsteinischen Städten an das RKG entgegenwirken soll, ist nicht überliefert. Tatsächlich jedenfalls wirkt sie sich so aus. Während zum RKG in dessen erstem Halbjahrhundert aus den Städten keine einzige Appellation geht, verzeichnet das Urteilbuch des Vierstädtegerichts in den Jahren 1497 bis 1544 immerhin 187 von diesem abschließend entschiedene Sachen. Weitere Berufung an die Landesherren mit ihren Räten als Oberrichter, 1496 allein für Ausnahmefälle vorbehalten, begegnet erst später und nur vereinzelt; an das RKG gelangt eine bereits vor dem Vierstädtegericht verhandelte Sache zum erstenmal 1593.<sup>76</sup>

---

Am 22. Oktober 1550 spricht das RKG in Speyer sein Urteil in der Appellationssache der Frau Heilwig und ihres Sohnes Jürgen v. Ahlefeldt zu Heiligenstedten gegen die Äbtissin zu Itzehoe Katharina Rantzau. Die Ausfertigung, im Klosterarchiv erhalten, ist ein Pergamentheft aus fünf Doppelblättern, mit angehängtem Siegel des RKG. Auf zwölf Seiten wird der Gang des Verfahrens genau und mit wörtlicher Wiedergabe eingereichter Schriftsätze berichtet, darauf folgt in sieben Zeilen das eigentliche Urteil.

LAS Urk. 123 Nr 316.



**Wir** Karl der Fünfft von Gottes genaden.  
Römischer Kayser für allen zeit in merck des Reichs in Vornam die Hispanische

[illegible]



Sollte tatsächlich 1496 die Absicht darauf gegangen sein, bürgerlichen Appellationen an das RKG entgegenzuwirken, dann jedenfalls nur dadurch, daß sie nach Möglichkeit unnötig gemacht werden; daraus kann nicht geschlossen werden, daß die Landesherren dem neuen Gericht ablehnend gegenübergestanden hätten. Als sie 1499 zum erstenmal eine Appellation dorthin zulassen, geschieht das in besonders ehrerbietiger Form. Daß sie später einmal die Annahme eines Zwangsbriefes wegen unrechten Titels verweigern, gehört ebenso wie bei Herzog Magnus von Sachsen-Lauenburg in andere Zusammenhänge.

Alle fünf aus Holstein an das RKG gehenden Appellationen werden vom Adel anhängig gemacht, und mit nur einer Ausnahme richten sie sich ebenfalls alle gegen den Adel. Daß es nicht mehr als fünf Appellationen sind, mag ein wenig damit zusammenhängen, daß der seit langem zu einer Einheit zusammengewachsene schleswig-holsteinische Adel in Schleswig, wo ausgehendes Recht gesprochen wird, nicht appellieren kann und die nun in Holstein gegebene Möglichkeit erst allmählich aufgreift. Bisher ist nicht bekannt, daß er sich schon früher, vor 1495, mit Rechtssachen an den König und sein Kammergericht gewendet hätte.<sup>77</sup>

In den Verfahren des Adels geht es nicht, wie anderwärts so häufig, um Landfriedensbruch und Fehde, um gewaltsame Ausweitung oder Behauptung der eigenen Herrschaft. Das eine Mal (5), wo diese gegen die mit ihr im Gemenge liegende Nachbarherrschaft, ein gerade jetzt in die Hand des Adels übergehendes Frauenkloster, abgegrenzt und sichergestellt werden soll, trägt man die „nachbarlichen Irrungen“ durchweg mit friedlichen Mitteln aus; eher beiläufig kommen neuere, erst durch die Reformation hervorgerufene Forderungen hinzu, nach Rückgabe früherer Stiftungen für nun nicht mehr gelesene Messen und Vigilien.

In den übrigen Fällen geht es um Erbensprüche. Den Anlaß geben beträchtliche Adlige Güter. Sie sind einen aufwendigen Rechtsstreit wert. Die Parteien gehören der obersten Schicht des Adels an. Verwickelte Rechtsfragen werden aufgeworfen. Nach welchen Grundsätzen sind sie zu beurteilen? Das RKG soll entscheiden *nach des reichs gemainem rechten, auch nach redlichen, erbern und leydenlichen ordnungen, statuten und gewohnheiten der fürstenthumb, herrschafften und gericht, die fur sy bracht werden*.<sup>78</sup> Hier handelt es sich allemal um solches besonderes, um holsteinisches Recht. Aber Holstein hat – anders als Schleswig mit dem Jütschen Low vom Jahre 1241 – kein geschriebenes Recht, sondern lebt nach dem *alten kundbaren Landtsgebrauch*.<sup>79</sup> Er muß jeweils nachgewiesen werden.

Gleich die erste Appellationsschrift (1), 1499, legt ausführlich dar, das behauptete gleiche Erbrecht der Halbbrüder sei seit drei Jahrzehnten und länger unwidersprochen und unwidersprechlich gebrauchte und verjährt und von den Zeugen bekräftigte holsteinische Rechtsgewohnheit. Zweifellos hat Hinrich Sirow, der Lizentiat im Kirchenrecht, hier die Tatsache im Blick, daß diese holsteinische Rechtsgewohnheit im Gegensatz zu der Regelung des Gemeinen Rechts steht (nach der der Halbbruder nur zur Hälfte erbt), und hebt eben deshalb so nachdrücklich hervor, das Gemeine Recht selbst gebe solcher bewährten Rechtsgewohnheit den Vorrang



vor Privileg und Gesetz, und vor dem Gemeinen Recht<sup>80</sup> (während er dagegen den Verfahrensweisen des römisch-kanonischen Prozesses absolute Gültigkeit beizumessen und ein Abweichen davon, etwa durch nicht schriftlich gefaßtes Urteil, von vorn herein als Nichtigkeitsgrund zu betrachten scheint – und damit im Grunde die Gerichtsbarkeit der holsteinischen Landesherren insgesamt in Frage stellt). Darüber kommt es allerdings nicht zur Entscheidung des RKG. Aber über die Anträge der beiden 1542 vorgelegten Appellationen (3-4) läßt es durch Kommissionen Beweis erheben und zahlreiche Zeugen nicht nur über diese besonderen Fälle, sondern allgemeiner über den holsteinischen Gebrauch bei Verkauf und Belastung Adliger Güter, bei der Erbfolge im Lehnsgut, bei Vormundschaft, Beispruch und anderem befragen, und es scheint, daß es 1575 sein Endurteil (4) darauf gründet.

Welches Ergebnis haben die fünf Appellationen? Nur die beiden letzten Verfahren werden durch förmliche Entscheidungen des RKG abgeschlossen, das eine (5) durch Nichtannahme nach reichlich zwei Jahren (die Zeit des Stillstandes des RKG abgerechnet), das andere (4) durch Verwerfung der Appellation und Bestätigung des vorigen Urteils nach 37 Jahren. Nur in diesem und noch einem anderen Verfahren (3, 4) kommt es überhaupt zur Erörterung der Sache. Der Grund dafür und für die lange Verfahrensdauer ist aber keineswegs nur beim RKG zu suchen. Die Parteien selbst tragen vielfach dazu bei, durch Nachlässigkeit (2), Fristversäumnis (2, 3, 5), Verschleppungstaktik (3, 4). Aber der Hauptgrund für die Nichterledigung der beiden ersten Verfahren (1-2) und Teilgrund für die des dritten (3) ist die mangelnde Schriftlichkeit.

Zu Beginn des betrachteten Zeitraums ist das landesherrliche Gericht ausschließlich auf mündliche Verhandlung abgestellt, aber gar nicht auf die Möglichkeit der Appellation an ein anderes Gericht. Die Ausstellung von Urteilbriefen ist zwar nicht ungewöhnlich; aber sie geschieht offenbar nicht regelmäßig, wohl nur auf Verlangen. Doch auch wenn sie geschieht, erweist sich der gebräuchliche Urteilbrief in der Knappheit seiner Aussage als nicht ausreichend. Die Wormser RKG-Ordnung von 1521 erklärt es als wünschenswert, daß an den untergeordneten Gerichten durchweg schriftlich verhandelt und mündliches Vorbringen protokolliert und so die Appellation erleichtert werde.<sup>81</sup>

Mag es nun eine erste, noch unvollständige Auswirkung dieser Bestimmung sein oder nicht; jedenfalls ist 1533 in Holstein bereits ein Schritt auf dem Wege zu diesem Ziel getan: eine Klage wird schriftlich eingereicht (anscheinend übrigens auch schon 1525<sup>82</sup>), und der Urteilbrief gibt nicht nur sie und die Antwort, sondern auch die folgenden mehrfachen Hin- und Widerreden je für sich wieder, zwar nicht im Wortlaut wie am Ende immer schon das Urteil, aber doch zusammenfassend. Dennoch will die Partei den Urteilbrief nicht gelten lassen, weil er nicht ein förmliches, von Notaren geführtes Protokoll ist. Ob das RKG ihn als hinreichendes Zeugnis über das Verfahren in der vorigen Instanz ansieht, bleibt unentschieden. Aber 1542 und 1544 erhebt es keine Beanstandungen gegen zwei ebenso gestaltete Urteilbriefe und nimmt sie als Akten der vorigen Instanz an; nur den anderen 1542 vorge-



legten Urteilbrief weist es als unvollständig und mangelhaft zurück, weil er nicht auch den Vertrag enthält, um den der Streit geht und der in der vorigen Instanz zwar vorgelegt, aber nicht einbehalten oder wenigstens abgeschrieben worden ist.

Als 1548, schon nach dem Ende des hier betrachteten Zeitraums, in Holstein wieder an das RKG appelliert wird, beantworten die Landesherren im nächsten Jahr das Gebot der Zwangsbriefe, *alle und idere gerichtshendel und acta, als in sachen zwischen G. und S. in unserm hohen gericht uf gehaltenem rechtstage gerichtlich einbracht, herauszugeben*, noch mit der Vorbemerkung: *Weil aber in unserm hohen gericht nicht breuchlich, schriftlich zu handeln und acta zu vorfassen, sundern allein uf muntlich clage und antwort zu recht vorfarn und geurteilt wirt, das also von alters herbracht, und ist auch in diesen sachen dergestalt gehalten und gehandelt worden;* aber danach bringen sie doch immerhin auch Abschrift einer im Verfahren vorgelegten Urkunde und sagen nach Wiedergabe des Urteils am Schluß, *daraufgenanter G. muntlich appellirt, und ist sonst weiters in schriftten nichts gehandelt oder vorbracht*.<sup>83</sup> Auch dieser Urteilbrief wird vom RKG ohne Einwendungen als Akten der vorigen Instanz angenommen.

Im nächsten Jahr 1550 gibt es auf dem Flensburger Landtag gleich drei Appellationen in holsteinischen Sachen, und nun zeigen die dem RKG eingereichten *acta prioris instantie*, daß jetzt das Verfahren auf die Möglichkeit einer Appellation an das RKG und auf deren Notwendigkeiten abgestellt ist. Klage und erste Antwort werden schriftlich eingegeben und dann in der Verhandlung verlesen; sie werden in die Akten ebenso vollständig aufgenommen wie vorgelegte Urkunden; im weiteren Gang der Verhandlung folgende mündliche Einlassungen werden genau protokolliert.<sup>84</sup>

Zweifellos wird das Verfahren des Landgerichts deshalb umgestaltet, weil jetzt die Appellationen an das RKG häufiger werden. Diese Entwicklung hält an und beschleunigt sich. Sind es in dem hier betrachteten ersten Halbjahrhundert nur fünf letztinstanzliche Sachen aus Holstein, so kommen nach dem Ende des von 1544 bis 1548 währenden Stillstandes des RKG, in den 13 Jahren von 1548 bis 1560, schon 13 hinzu, davon sechs allein im Jahre 1558 (und auch in Lauenburg wird nun appelliert, dreimal). Gleichwohl dauert es noch bis 1564, ehe die drei Landesherren, im Flensburger Abschied zugleich mit der Ordnung der gemeinschaftlichen Regierung in den Herzogtümern, für die Zukunft allgemeine Grundsätze *wegen der ordentlichen justicien und gerichte* festlegen. Im Landgericht sollen in holsteinischen Sachen die Parteien jeweils bei Verfahrensbeginn gefragt werden, ob sie sich der Appellation begeben wollen; sind sie dazu bereit, wird mündlich verhandelt. Wollen sie aber oder will eine von ihnen sich die Appellation vorbehalten, sollen Klage und Antwort und weitere Satzschriften schriftlich eingegeben und so auch das Urteil verfaßt werden. In schleswigschen Sachen dagegen, in denen nicht appelliert werden kann, bleibt es beim mündlichen Verfahren.<sup>85</sup>

Die endlich 1573 erlassene Schleswig-Holsteinische Landgerichtsordnung, 1636 revidiert und dann bis ins 19. Jahrhundert gültig, gestaltet diese Grundsätze im ein-

zelenen weiter aus. Dabei wird noch deutlicher, wie die Verbindung mit dem RKG und das von ihm gegebene Vorbild auf die Formen der Rechtspflege in Schleswig-Holstein einwirkt. Der Vorspruch benennt in der allgemeinen Begründung des Gesetzes die Zusammenhänge auch ausdrücklich. Für beide Herzogtümer, Schleswig und Holstein, sei *eine beschriebene Landgerichts-Ordnung*, besonders aber für Holstein, *so dem Heiligen Römischen Reich unterworfen, zum höchsten von nöten, daß der Prozeß in rechthängigen Sachen des Heiligen Reichs Ordnung und höchster Justitien conformieret werde, damit nicht alleine die Nullitäten gesprochener Urtheile verhütet, sondern auch die streitige Parteien ihr Recht ohne Gefährde und Nachteil zu suchen und zu erlangen wissen mügen*.<sup>86</sup> Zwar bewahren die Untergerichte weithin ihre Eigenart und namentlich die Unterschiede zwischen Schleswig und Holstein; aber im Landgericht wird das Verfahren stärker angeglichen, auch in schleswigschen Sachen dürfen jetzt Klage und Antwort, ausnahmsweise auch weitere Satzschriften, schriftlich eingebracht werden, und die Praxis führt später diese Entwicklung noch weiter. Die vom RKG ausgehende Modernisierung kommt nicht nur Holstein, sondern auch dem nicht zum Reich gehörenden Schleswig zugute.



## Anmerkungen

- 1 RUDOLF SMEND, Das Reichskammergericht, 1: Geschichte und Verfassung. 1911. S. 363ff.-WOLFGANG SELLERT, Die Ladung des Beklagten vor das Reichskammergericht. Eine Auswertung von Kammerbotenberichten, in: ZRG GA 84, 1967, S. 202-235.
- 2 Die Akten des RKG: Schleswig-Holsteinisches Landesarchiv zu Schleswig (= LAS) 390 Nr. 501.
- 3 Verzeichnung der schleswig-holsteinischen RKG-Akten im LAS und im Reichsarchiv zu Kopenhagen: HANS-KONRAD STEIN-STEGEMANN, Findbuch der Reichskammergerichtsakten (Abt. 390 und andere), 1-2, 1986 (Veröffentlichungen des Schleswig-Holsteinischen Landesarchivs 16-17).- RUDOLF BRINKMANN, Aus dem Deutschen Rechtsleben. Schilderungen des Rechtsganges und des Kulturzustandes der letzten drei Jahrhunderte auf Grund von Schleswig-Holstein-Lauenburgischen Akten des kaiserlichen Kammergerichtes. 1862.- Brinkmann (1789-1878), 1812 Privatdozent und dann Advokat und Notar in Göttingen, 1819 Professor in Kiel, 1834-1855 Rat am Oberappellationsgericht ebenda; will über Wigand hinausgehend neben rechtshistorischen Altertümern namentlich auch den Rechtsgang schildern und behandelt, nach gedrängter Darstellung von Verfassung und Verfahren des RKG, 33 ausgewählte Prozesse der Jahre 1499-1700 (einige Beiträge seit 1858 auch schon an anderen Stellen veröffentlicht); nach dem Urteil von Smend (der allerdings Wigand nicht zu kennen scheint), S. VI, *die einzige selbständige Publikation von dauerndem Wert über diesen Gegenstand*. Die Darstellung der beiden auch hier betrachteten Prozesse (s. u., Verfahren in letzter Instanz, 1 und 2) ist allerdings, teils wohl infolge unvollständiger Bearbeitung wegen Leseschwierigkeiten, nicht immer ganz genau und am Ende das Bild doch recht anders.
- 4 *An der Tenmarck* (LAS 390 Nr. 338, Prot. 1508 März 27); *die partheien in Denmarckh gesessen* (LAS 390 Nr. 419, Prot. 1542 Okt. 10, auch Sept. 22); *dweil die richter ferr in Denmarck gesessen* (LAS 390 Nr. 23, Prot. 1544 März 3); *da die acta in Denmarckh mueßen geholt werden* (LAS 390 Nr. 419, Prot. 1542 Okt. 2).
- 5 LAS 390 Nr. 287, Prot. 1524 Aug. 31.
- 6 LAS 390 Nr. 573, Prot. 1522 Sept. 3; LAS 390 Nr. 501, Prot. 1533 Okt. 10; und häufig.-Andererseits, nach Lauenburg: *So sein es auch nit mehr dann bey 60 meilen, die diser zeit eyn bot in 12 tagen wol geen mug*: LAS 210 Nr. 989, Prot. 1534 März 27. Ein vom Prokurator in Speyer nach Lauenburg gesandter Bote erhält dort *5 gulden von den 72 meilen, wie er selbst gerechnet*; 1529 Febr. 26, Briefbuch, fol. 21r: LAS 400.2 Nr. 58.
- 7 *Dilatio ultramarina*; LAS 390 Nr. 64, Q 8-9.
- 8 LAS 390 Nr. 573, Prot. 1522 Dez. 17.
- 9 Das Lübecker Domkapitel will 1526 die Mandate doppelt ausgefertigt haben; denn die vom Ratzeburger Domkapitel gegen Herzog Magnus von Sachsen-Lauenburg ausgebrachten Mandate sind dem Kammerboten – anscheinend durch den Herzog – genommen worden: Schleswig-Holsteinische Regesten und Urkunden (= SHRU) 12 (Die Protokolle des Lübecker Domkapitels 1522-1530), 2297.
- 10 LAS 390 Nr. 339, Q 28-30.
- 11 LAS 390 Nr. 438, Prot. 1526 Jan. 22.- Ausraubung eines lübschen Boten auf dem Weg nach Speyer, 1568: LAS 390 Nr. 419, Q. 86-87.
- 12 LAS 390 Nr. 135, Q 11.
- 13 LAS 210 Nr. 359, fol. 10v; 1522 Dez. 3.
- 14 Verteidigungsschrift des Bischofs an das RKG nach Anschlag von dessen Ladung am Portal des Doms, 1526 Dez. 9: Johannes Adolphus Cypraeus, *Annales episcoporum*



- Slesvicensium, 1634, S. 423-425. Abschrift der RKG-Akten des 1549 begonnenen Verfahrens: LAS 7 Nr. 718.- Vgl. GEORG WAITZ, Schleswig-Holsteins Geschichte 2, 1852-1854, S. 153 und 308f; ERICH HOFFMANN, Der Besuch Kaiser Karls IV. in Lübeck im Jahre 1375, in: Werner Paravicini (Hrsg.), Nord und Süd in der deutschen Geschichte des Mittelalters, 1990, S. 73-95, hier 92f.- Über die zahlreichen nach 1548 eingeleiteten fiskalischen Exemptionsprozesse vgl. Smend, S. 177.
- 15 LAS 390 Nr. 480.
  - 16 LAS 390 Nr. 155, Q 5, 1528 Febr. 12.
  - 17 Die Akten des RKG: Archiv der Hansestadt Lübeck, RKG F 10, von 1511-1513, vermischt mit den Akten des Verfahrens gegen die Stadt Lübeck.- Vgl. HANS-KONRAD STEIN-STEGERMANN, Findbuch der Reichskammergerichtsakten im Archiv der Hansestadt Lübeck, 1-2, 1987 (Veröffentlichungen des Schleswig-Holsteinischen Landesarchivs 18-19), hier S. 184.
  - 18 SHRU 12, bes. 1153, 1159, 3243; vgl. Sachindex, s.v. *fiscalis, mandata*.
  - 19 LAS 210 Nr. 359, fol. 95v, 1526 Apr. 23.- Hierzu auch LAS 210 Nr. 584 sowie die Briefbücher des Herzogs Magnus für die Jahre 1523, 1524, 1527, 1529: LAS 400.2 Nr. 55-58.
  - 20 Keine Akten des RKG.- Bitte des herzoglichen Prokurators um Restitution gegen die vom Fiskal Febr. 8 erwirkte Achterklärung, undatiert, zwischen März 24 und Juni 24 (LAS 390 Nr. 572).- Gehört offenbar zu der 1531 Febr. 8 vom Fiskal ausgebrachten, aber vorerst auf sechs Wochen suspendierten Achterklärung gegen zahlreiche Fürsten und Städte, darunter *Herzog N. zu M.*; RAPHAEL SEYLER und CHRISTIAN BARTH, Urtheil und Beschaydt am Hochlöblichen Kayserlichen Cammergericht vom Jahr 1495, als dasselbe angefangen, [bis 1587] eröffnet, 1-5, 1604-1605; hier 2, S. 12 A.- In diesem Werk werden die Namen der Parteien und ihrer Wohnsitze wiedergegeben durch deren Anfangsbuchstaben, jeweils um einen oder häufiger um zwei Buchstaben im Alphabet vorgerückt, hier also Herzog Magnus zu Lauenburg; sonst z.B. 2, S. 36 A und C: *Bischof und Domkapitel zu T. c/a Herzog O. von der N.* sowie *Bischof und Domkapitel zu S. c/a Herzog N. von der M.*: das sind beidemal der Bischof von Ratzeburg c/a Herzog Magnus von Lauenburg; oder 1, S. 1118 E und F: *E. König zu F. c/a H. Herzog zu K.* sowie *Bürgermeister und Rat der Stadt N.*: das sind König Christian II. von Dänemark c/a Herzog Friedrich von Holstein sowie die Stadt Lübeck.
  - 21 G.M.C. MASCH, Geschichte des Bisthums Ratzeburg, 1835, S. 429.
  - 22 1529 Jan. 26: LAS 390 Nr. 501, Q 1. Entsprechend der Kanzler, 1523 Aug. 2: *der tyttel ste nit an sein fursten, sayn furst heiß hertzog Magnus von Sachsen und Lauenburg*: LAS 390 Nr. 287, Q 1. Ähnlich öfter.
  - 23 Masch, S. 439, nach Reimer Kocks Lübscher Chronik, zu 1518, und hochdeutsch nach Epistolae obscurorum virorum: nämlich epist. novae, 59, Johannes Cocleariligneus.
  - 24 Die Akten des RKG: LAS 390 Nr. 132 (1518), 292 (1526), 573 (1522-1533) und 210 Nr. 989 (1528-1667). Das Urteil 1530 Juni 20 und die Achterklärungen 1532 Jan. 19 und 1534 Juli 6: SEYLER-BARTH 1, S. 1114 C sowie 2, S. 96 B und S. 275 H mit S. 276 A. In dem Verfahren LAS 390 Nr. 573 beschließen die Parteien 1533 Okt. 20 zum Urteil; im Protokoll kein Hinweis auf dieses 1536 März 13: SEYLER-BARTH 2, S. 398 A.- Herzogliche Akten LAS 210 Nr. 982-988 und 990-991, dazu die Anm. 19 genannten Briefbücher.- Nach der Ratzeburger Überlieferung ausführlich behandelt bei Masch.
  - 25 LAS 210 Nr. 359; Berichte des lauenburgischen Sekretärs Johannes Haring (auch Hering) in LAS 210 Nr. 984; Briefbuch des Herzogs 1523, fol. 11v und 84v: LAS 400.2 Nr. 55; in des Herzogs späteren Schreiben an seinen Prokurator beim RKG Dr. Jakob Krell ist von der Sache nicht mehr die Rede.- Nach freundlicher Mitteilung des Landeshauptarchivs



- Schwerin sind die Akten des RKG dort weder im RKG-Bestand noch unter Grenzsachen oder Auswärtiges nachweisbar; doch dauern die Streitigkeiten fort, und 1591 beginnt erneut ein lauenburgischer RKG-Prozeß gegen die Pentzen und wird bis 1662 fortgeführt: RKG 273/1-2.
- 26 Keine Akten des RKG: - LAS 210 Nr. 191 und 359. Briefbuch des Herzogs 1523, fol. 217v, 220r, 223v, 228v, 229r, 240v, Briefbuch 1524, fol. 57r, 66r, 84r: LAS 400.2 Nr. 55 und 56. Der abschließende Vergleich in Lüneburg 1524 Apr. 11.
  - 27 Die Akten des RKG: LAS 390 Nr. 287. Letztes Datum im Protokoll 1530 Mai 30; dort kein Hinweis auf das Urteil 1531 Apr. 10: SEYLER-BARTH 2, S. 1119 C. Noch nach dem Urteil wird 1531 Mai 8 Abschrift einer älteren Vollmacht des neuen Elekten von Münster zu den Akten genommen, ohne Vermerk im Protokoll.- Herzogliche Akten LAS 210 Nr. 1184 (nur 1523-1526) sowie mannigfach in den Anm. 19 genannten Briefbüchern.
  - 28 WOLFGANG PRANGE, Die Organisation der Rechtspflege im Herzogtum Lauenburg bis 1879, in: K. JÜRGENSEN (Hrsg.), Rechtspflege im Herzogtum Lauenburg und in umliegenden Territorien (Lauenburgische Akademie für Wissenschaft und Kultur, Kolloquium 8, 1996), S. 13-26, hier S. 14.
  - 29 Herzog Magnus an den Prokurator Dr. Jacob Krell, 1527 Nov. 14: Briefbuch, fol. 156v (LAS 400.2 Nr. 57). Das erwähnte Schreiben an den Bremer Rat nicht in diesem Briefbuch.
  - 30 Die Akten des RKG: LAS 390 Nr. 164.
  - 31 Die Akten des RKG: ERICH WEISE (Bearb.) und HEINZ-JOACHIM SCHULZE (Hrsg.), Findbuch zum Bestand 27 Reichskammergericht (1500-1648) (Veröffentlichungen der Niedersächsischen Archivverwaltung. Inventare und kleinere Schriften des Staatsarchivs in Stade, Heft 1) 1981, S. 79: F 2593 und S. 196: S 86; nicht eingesehen.- Herzogliche Akten LAS 210 Nr. 1157, und mannigfach in den Anm. 19 genannten Briefbüchern.
  - 32 Die Akten des RKG: LAS 390 Nr. 438. Das Exekutorialmandat verhängt im Urteil 1528 Juli 6: Seyler-Barth 1, S. 870 A. Letzter Eintrag im Protokoll 1531 Jan. 30, kein Hinweis auf das Urteil 1531 Okt. 2: Seyler-Barth 2, S. 69 A. - JÖRG HILLMANN, Die Auseinandersetzungen um den Bau des Alster-Beste-Trave-Kanals vor dem Reichskammergericht 1525-1531, in: Jahrbuch des Alstervereins 1997, S. 9-121; mit Heranziehung auch der Überlieferung Lauenburgs und der beiden Städte; die Darstellung des RKG-Prozesses jedoch mit Mißverständnissen.
  - 33 Die Akten des RKG: Rigsarkivet København, Tyske Kancelli, Udenrigske afdeling, Rigs-kammerretten 8; Film: LAS 415 Nr. 6220-6221. Abweisung der Attentatenklage und drei weitere Urteile 1530 Dez. 23: SEYLER-BARTH 1, S. 1157 A-D. Letzter Eintrag im Protokoll 1532 Jan. 12.
  - 34 Keine Akten des RKG: - SHRU 12 passim; vgl. besonders Sachindex, s.v. *iudicium camere imperialis*, *nuncius imperialis*, *mandata imperialia*.- Dazu auch: Archiv für Staats- und Kirchengeschichte der Herzogthümer Schleswig, Holstein und Lauenburg 4, S. 481-488, von 1526.- WOLFGANG PRANGE, Klaus von Ahlefeldt († 1543), *ut servitor regis ac obligatus ecclesie*, in: MICHAEL BUSCH, JÖRG HILLMANN (Hrsgg.), Adel - Geistlichkeit - Militär. Gesellschaftliche Schnittstellen. Festschrift für Eckhardt Opitz. 1998, S. 187-199.- Ders., Hinrich Rantzau zu Helmstorf, dann Putlos († 1538), in: Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte (= ZSHG) 124, 1999.
  - 35 Die Akten des RKG: LAS 390 Nr. 153.- Das Mandat gedruckt: WILHELM JENSEN, Das Hamburger Domkapitel und die Reformation, 1961, S. 434 (Arbeiten zur Kirchengeschichte Hamburgs, 4).- SHRU 12, 2644.- Vgl. W. JENSEN, Der Abschluß der Reformation in Schleswig-Holstein, in: ZSHG 70/71, 1943, S. 195f.
  - 36 Die Akten des RKG: LAS 390 Nr. 155.- Einzelne Stücke daraus gedruckt: A.L.J. MICHELSSEN, Zur Dithmarschen Reformationsgeschichte, in: Staatsbürgerliches



- Magazin mit besonderer Rücksicht auf die Herzogthümer Schleswig, Holstein und Lauenburg 8, 1828, S. 317-341.- C. ROLFS, Urkundenbuch zur Kirchengeschichte Dithmarschens besonders im 16. Jahrhundert, 1922 (Schriften des Vereins für schleswig-holsteinische Kirchengeschichte, 1. Reihe 12).- Das abweisende Urteil 1532 Apr. 10: SEYLER-BARTH 2, S. 119 C; ROLFS 41, S. 136.
- 37 Keine Akten des RKG.- Schreiben des Bischofs nach Regensburg wegen Ausbringung zweier Mandate, an den Herzog und an die Stadt, mit Entwurf für den gewünschten Inhalt, 1532 Mai 3, abgesandt Juni 4: Briefbuch des Lübecker Domkapitels 2, fol. 33r: LAS 400.4 Nr.31.- Spätere Abschrift des Mandats an Herzog und Stadt, 1533 Febr. 12, ohne Zustellungsvermerk: LAS 268 Nr. 1827.- Über die Beratung der Sache im RKG, unter dem Datum des Mandats, vgl. GERO DOLEZALEK, Die juristische Argumentation der Assessoren am Reichskammergericht zu den Reformationsprozessen 1532-1538, in: BERNHARD DIESTELKAMP (Hrsg.), Das Reichskammergericht in der deutschen Geschichte (Quellen und Forschungen zur höchsten Gerichtsbarkeit im Alten Reich, 21), 1990, S. 25-58, hier S. 33 und 44.- Jährliche Abrechnungen über die Sülzrenten des Lübecker Kapitels im Briefbuch.
- 38 Abschriften des Lübecker Domkapitels aus den RKG-Akten beider Verfahren: LAS 268 Nr. 1827-1829.
- 39 Tit. XXXII,1: Neue und vollständigere Sammlung der Reichs-Abschiede 2, 1737, S. 191.
- 40 Die Akten des RKG: LAS 390 Nr. 176.- Der Vergleich, 1542 Juli 31, in LAS 3 Nr. 352 sowie LAS 390 Nr. 20, Kommissionsakten Nr. 9, fol. 285.
- 41 LAS 390 Nr. 20.
- 42 LAS 210 Nr. 989, Q 28; 1533 März 14.
- 43 An den Kammerrichter, 1530 Dez. 20: LAS 390 Nr. 989, Q 16.
- 44 *Und haben sich die Diethmarssen allein jetz in kurzen jaren, da sich der lutherisch handel erhebt und da das evangelium und die christlich ordnung (wie sie es nennen) durch die uffrurischen pauern erweckt und erstanden ist, ... allererst in irem landt der weltlichen oberkeit ange-maßt. Und dann weiter, wie die pauern viler anderer nation, die sich [Vorlage: sie] gegen iren obrigkeiten entport und in schein eins evangelischen furnemens, widder alle recht und gultig-kait, zu underdruckung irer oberkeit und vorderbung ires nechsten gehandelt haben:* Replice des Kapitels, 1528 März 18: LAS 390 Nr. 155, Q 6; nach anderer Überlieferung gedruckt Staatsbürg. Magazin 8, S. 333ff; statt *weltlichen* steht dort *geistlichen oberkeit*.
- 45 HEINZ STOOB, Geschichte Dithmarschens im Regentenzeitalter, 1959, S. 191 betr. die Reformation; die Hindeutung auf den Bauernkrieg nicht erwähnt.
- 46 Die Akten des RKG: Staatsarchiv Hamburg, RKG H 14-15. Einzelnes daraus gedruckt: Jensen, Hamburger Domkapitel.- Vgl. HANS-KONRAD STEIN-STEDEMANN (Bearb.), Findbuch der Reichskammergerichtsakten im Staatsarchiv Hamburg, 1-4, 1993-1995 (Veröffentlichungen aus dem Staatsarchiv der Freien und Hansestadt Hamburg, XIII), hier S. 329-331.
- 47 So etwa 1540: SHRU 9 (Herrschaft Breitenburg 1256-1598), 240.
- 48 Zugleich klagen sie gegen die Vorenthaltung einer Schenkung von 3000 Mark oder mehr, wovon aber nachher nicht mehr die Rede ist.
- 49 BETTINA DICK, Die Entwicklung des Kameralprozesses nach den Ordnungen von 1495 bis 1555 (Quellen und Forschungen zur höchsten Gerichtsbarkeit im alten Reich, 10, 1981), S. 133 mit Anm. 305, nennt als Ladungsfristen den 30. Tag nach Zustellung sowie für 1459, 1465 und 1492-1497 den 45. Tag. Zur Ergänzung seien die in den hier betrachteten Verfahren begegnenden Fristen aufgeführt: der 33. Tag: 1550; der 36. Tag: 1500, 1532, zweimal 1542, 1547; der 45. Tag: 1518, dreimal 1526, 1527, 1530, 1540, 1543; der 63. Tag:



- 1521; bestimmte Tage 1525 Sept. 12 auf Dez. 11; 1526 Dez. 29 auf März 11; 1527 Jan. 18 auf März 26, 1528 Juli 6 auf Aug. 28; 1544 Nov. 5 auf Jan. 30; 1545 Febr. 5 auf Mai 4.
- 50 Mehrfach verpflichten Entscheidungen des RKG den Appellaten, gegen Erstattung der halben Kosten dem Appellanten die Akten zur Verfügung zu stellen, so 1497 März 15 und Okt. 2, 1501 Sept. 20: SEYLER-BARTH 1, S. 48 F, 67 E, 179 D.
- 51 Vgl. Anm. 20.
- 52 Vgl. Anm. 24, 27, 32.
- 53 Letzter Termin 1508 Juni 2; danach bis Jahresende 1510 bei SEYLER-BARTH kein einschlägiges Urteil gedruckt – allerdings auch nicht das frühere Zwischenurteil von 1504 Febr. 16.
- 54 Die Akten des RKG: LAS 390 Nr. 338.- Brinkmann, Rechtsleben, S. 52-61.
- 55 SHRU 9, 94 mit 97.
- 56 SHRU 10 (Kloster Ahrensböck 1328-1565), 161.
- 57 Über Sirow (auch Cirow, Tzirow) vgl. Acta pontificum Danica 4,2854-2855 (da fälschlich Strow, Snaw) und 2905 sowie 7,6018 und 6020; SHRU 15 (Urkundenbuch des Bistums Lübeck 4), 2471 Z. 430 und 2504 Z. 6042.
- 58 Beispiele für das ziemlich feststehende Formular solcher Prokuratorien, aus Bremen 1425: SHRU 13 (Urkundenbuch des Bistums Lübeck 2), 1425; aus Magdeburg 1487: SHRU 14 (Urkundenbuch des Bistums Lübeck 3), 1379.
- 59 Beispiel: SHRU 12, 5213; vgl. auch 5036f.- HEINZ LIEBERICH, Frühe Reichskammerprozesse aus dem bayerischen Reichskreis, in: HANS LENTZE, PETER PUTZER (Hrsgg.), Festschrift für Ernst Carl Hellbling zum 70. Geburtstag, 1971, S. 419-446; hier S. 427, versteht dergleichen als *Vollmachten an mehrköpfige Anwaltsbüros um es modern auszudrücken*; aber das ist wohl weniger wahrscheinlich.
- 60 *Principes ... prepediti, pede quasi fugitivo, nullis sue curie paribus presentibus, non scripto, preter iuris formam, nullo eciam ordine iudiciario observato, fieri et promulgari fecerunt sententiam diffinitivam.*
- 61 Tit. 39 = 16,2; auch 43 = 20: Neue und vollständigere Sammlung der Reichs-Abschiede (1747), 2, S. 76f.- Vgl. auch die Entscheidung des RKG 1497 Juli 5, als sich die eingebrachten Akten als *nit vollkommen sondern mangelhaftig erweisen: ist verlassen, beiden parteien zu sagen, daß kammerrichtern und beisitzern auf beider teil beschehen fürbringen dieser zeit urtel zu geben unmöglich sei, und darum den genannten von A. officio iudicis und von gerichts wegen aufgelegt, ihre acta zu integrieren und vollkommenlich einzubringen*: SEYLER-BARTH 1, S. 62 A.
- 62 Schultheiß und Schöffen zu G. sollen noch nicht in die Strafe der Zwangsbriefe erklärt werden, sondern die *gerichtshandlung ..., durch die, so davon wissen haben, bei den pflichten, damit sie dem gericht daselbst zu G. verwandt sein, getreulich und so viel ihn der noch wissend ist, in schrift verfassen und stellen* und dem Appellanten gegen Gebühr zukommen lassen; 1513 März 7: SEYLER-BARTH 1, S. 356 F.
- 63 *Probetur consuetudo loci: Fratres ex uno cum utrinque coniunctis pariter ad fratris successionem admitti.- In sachen der appellation zwischen F.F. appellanten eins und F.C. andern teils ist zu recht erkannt: Beweise derselbe C. den angezogen brauch und gewohnheit der stadt Straßburg, daß gebrüder mit einander gleich zu ihres abgestorben bruders verlassen erbfall gelassen werden, unangesehen ob einer von vatter und mutter und der ander allein von einer seiten der abgestorbenen bruder wäre, wie er im recht angezogen und erbieten getan hat, das soll gehört werden, und er tue das oder nicht, ferner geschehen soll, was recht ist*; 1508 Nov. 22: SEYLER-BARTH 1, S. 240 F.



- 64 Die Erbteilung über das Gut Ascheberg weist dem Vollbruder 2459, dem Halbbruder 1259 Mark zu: LAS Abt. 390 Nr. 339, Q 22a, fol. 126; vgl. unten unter Nr. 3.
- 65 LAS 390 Nr. 506; hier nun mit Hinweis auf Justinians 118. Novelle, Kap. 3.
- 66 Über ihn vgl. SHRU 12, S. 16, mit weiteren Hinweisen.- Einige Schreiben von ihm an den Prokurator in Speyer bei den Akten dieser Sache.
- 67 Gemeint offenbar § 6: Neue Sammlung 2, S. 289.
- 68 Wäre der Urteilbrief erst jetzt, also nachträglich, ausgefertigt und rückdatiert worden, wäre das von Christian III. jetzt als König geführte Siegel zu erwarten; tatsächlich hängt aber sein damals als Herzog geführtes Siegel an der Ausfertigung: LAS Urk. B Nr. 130.
- 69 Die Akten des RKG: LAS 390 Nr. 64.- Daraus gedruckt: der Urteilbrief und Blomes Appellation, außerdem das Urteil von 1501 (dieses nach: Jahrbücher für die Landeskunde der Herzogthümer Schleswig, Holstein und Lauenburg 10, 1869, S. 163): PAUL V. HEDE-MANN-HEESPEN, Geschichte der adeligen Güter Deutsch-Nienhof und Pohlsee in Holstein, 1, 1906, S. 71-77; das Urteil 1536 Jan. 28 (das nachher 1536 Mai 28 als *endurtheyl* bezeichnet und bestätigt wird): SEYLER-BARTH 2, S. 385 G.- BRINKMANN, Rechtsleben, S. 66-74.
- 70 In LAS 390 Nr. 373, Priora, Beilagen B und C zum Produkt 1613 Sept. 20.
- 71 Vgl. auch etwa das Urteil 1536 Juni 12: SEYLER-BARTH 2, S. 416 C: *In sachen R. W. wider O. Y. seynd die acta durch doctor Zieglern eingeben, als unvollkommen und unförmlich, nicht angenommen. Und so derselbig Ziegler förmliche, vollkommene und glaubwürdige acta fürbringen würde, soll alsdann geschehen was recht ist.*
- 72 Die Akten des RKG: LAS 390 Nr. 339; die kaiserliche Inhibition darin nur erwähnt, nicht enthalten.- Bescheinigung Herzog Johans d. Ält. über Zurückweisung der Zwangsbriefe wegen Nichtgebrauch des königlichen Titels, Gottorf 1543 Juni 5, gedruckt: De Hansborgs Registranter, 2 (Breve i Uddrag 1543-1549), 1949, S. 77.
- 73 Betreffend das Gut Bissee, ebenfalls durch Johann Rantzau erworben: SHRU 9, 240 mit 231, 239, 241.
- 74 Die Akten des RKG: LAS 390 Nr. 419. Urteil 1575 Juli 5 und Exekutorialurteil 1579 Jan. 13: SEYLER-BARTH 5, S. 89 J und 418 B. Exekutorialurteil und Notariatsinstrument bei Übergabe des Gutes verzeichnet: SHRU 9, 714 und 718; vgl. auch 666-669.-EUGEN WOHLHAUPTER, Rechtsquellen Schleswig-Holsteins, 1, 1938, (Veröffentlichungen der Schleswig-Holsteinischen Universitäts-Gesellschaft 47), S. 176 Anm. 4, nennt ein Gutachten des RKG-Advokaten Laurentius Wilhelm bei: Laurentius Kirchhof, Consilia et Responsa praestantissimorum Germaniae ... Ictorum, 1605, Bd. 2 S. 70ff *in einem lehnsrechtlichen Streit des Ivo von Rantzau [sic] mit Otto von Rantzau aus dem Jahre 1549*, das offenbar hierher gehört (nicht eingesehen).- Otto erstattet 10 000 Mark Kaufgeld und erhält 31 500 Mark für Nutzung und Gerichtskosten; die Reventlows verzichten auf den Ersatz von Besserungen.- Vgl. WOLFGANG PRANGE, Die Güter Rantzau und Schönweide zu Johann und Heinrich Rantzaus Zeit, in: Heinrich Rantzau (1526-1598), Statthalter in Schleswig und Holstein. Ein Humanist beschreibt sein Land. (Veröffentlichungen des Schleswig-Holsteinischen Landesarchivs, 64, 1999).
- 75 Die Akten des RKG: LAS 390 Nr. 23. Schiedsspruch und Urteilbriefe gedruckt SHRU 8 (Kloster Itzehoe 1256-1564), 336, 338, 349, 357; weiteres aus dem Verfahren ebenda 363-368, das Urteil mit genauer Darlegung des Verfahrensganges am RKG und der eingegebenen Schriften ebenda 417.



- 76 FRANZ GUNDLACH (Hrsg.), Das älteste Urteilbuch des Holsteinischen Vierstädtegerichts 1497-1574 (Quellen und Forschungen zur Geschichte Schleswig-Holsteins 10, 1925); darin auch das Gebot 1496 Mai 21, wiederholt 1498 März 30; letzteres auch: Sammlung der hauptsächlichsten Schleswig-Holsteinischen gemeinschaftlichen Verordnungen, 1773, S. 5.- Weitere Appellation an das RKG 1593: LAS Abt. 390 Nr. 352.
- 77 HINRICH MILBRADT, Die Parteien in ihren Prozessen vor König und königlichem Kammergericht in der 2. Hälfte des 15. Jahrhunderts, Diss. jur. Mainz 1979, kennt S. 17 etwa 1600 Prozeßbeteiligte, davon S. 205 und S. 209f fünf in zwei Verfahren aus Schleswig-Holstein: eines 1472 aus einer damals bereits vier Jahrzehnte zurückliegenden Sache im Fürstenhaus, jetzt wiederaufgenommen von Baden aus (nicht erwähnt bei PETER HIRSCHFELD, Markgräfin Agnes von Baden, Gemahlin Herzog Gerhards VII. von Schleswig, 1957 [Quellen und Forschungen zur Geschichte Schleswig-Holsteins, 34]); das andere 1474 mit Beteiligten aus Eiderstedt und Flensburg.
- 78 RKG-Ordnung 1495, § 3: DEUTSCHE REICHSTAGSAKTEN, Mittlere Reihe, Band 5, Band I,1, S. 380-428, hier S. 388; auch Neue Sammlung 2, S. 7. Vgl. auch RKG-Ordnung 1555, Teil 1 Tit. 57: ADOLF LAUFS (Hrsg.), Die Reichskammergerichtsordnung von 1555, 1976 (Quellen und Forschungen zur höchsten Gerichtsbarkeit im Alten Reich, 3), S. 151.
- 79 So in der Schleswig-Holsteinischen Landgerichtsordnung 1573, Teil 2 Tit. 3: Sammlung Gemeinschaftl. Verordnungen, S. 172.
- 80 *Et quod ita fuisset observatum in ducatu Holtzacie a triginta annis et ultra et de contrario non constaret neque constare [so zu lesen statt constaret in der Vorlage] posset. Huiusmodi eciam longi temporis consuetudo prescripctionis inducta, que legis parilitatem habet et cum privilegio parificatur... de prescripta longi temporis patrie consuetudine inviolabiliter et inconcusse observata, que observata consuetudo legis extat optima interpres et ultra editam legem ius disponit:* Appellationsschrift 1499 Dez. 7: LAS 390 Nr. 338, Q 3.
- 81 Tit. XXIV § 3: *Darneben ist nicht weniger für nöthig und gut ermesen, daß allenthalben an denen fürsten-höffen und an deren commun-gerichten in schriftten gehandelt, oder das mündliche fürtragen jederzeit eigentlich auffgeschrieben werde, damit die gerichtshändel in der appellation, so an das cammer-gericht erwachsen, der end mit wenigern verdacht und desto förderlicher erlangt möchten werden:* DICK, Entwicklung, S. 384; Neue Sammlung 2, S. 188.
- 82 Das Urteil von 1533 spricht von des Klägers damaligem *libell unde supplication*.
- 83 LAS 390 Nr. 135, Q 9.
- 84 Die Akten des RKG: LAS 390 Nr. 38, 340, 455.
- 85 Flensburger Abschied, 1564 Okt. 26: Danmark-Norges Traktater 2, 1912, S. 117 Nr. 8, hier S. 120f; auch Sammlung Gemeinschaftl. Verordnungen, S. 136, hier S. 140f.
- 86 Landgerichtsordnung 1573: Sammlung Gemeinschaftl. Verordnungen, S. 46, Vorspruch, und dann besonders Teil 2 Tit. 2-3, S. 168-174.







Umschlagabbildung:

Detail aus LAS Urk. 123 Nr. 316 (genaue Beschreibung im Text S. 36)

Impressum:

Herausgeber: Gesellschaft für Reichskammergerichtsforschung e.V.

Redaktion: Anette Baumann

Layout: Anette Baumann, Andrea Müller

Druck: Druckerei Bechstein, Wetzlar